

Armut und Reichtum in Niederösterreich

Wien, Juli 2007

INHALT:

Was ist „Armutsgefährdung“ und „Armut“	3
Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut.....	5
Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut.....	10
Bildung verringert das Armutsrisiko	11
Fast 38.000 PensionistInnen in NÖ weiterhin armutsgefährdet	12
„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko.....	14
Etwa 40.000 armutsgefährdete MigrantInnen	16
Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich.....	17
Soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt	19
Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung	20
Anstieg der Haushaltsausgaben	21
Hohe Wohnkosten in Niederösterreich	23
Verschuldung erhöht Armutsgefährdung stark.....	24
Armut ist ein Gesundheitsrisiko	25
Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument.....	27
Reichtum nimmt auch in Niederösterreich zu	36
Zusammenfassung	44
Quellenverzeichnis	47

Was ist „Armutsgefährdung“ und „Armut“

Wie es um Armut und Armutsgefährdung in Österreich steht, darüber gibt der etwa alle zwei Jahre erscheinende „Bericht zur sozialen Lage“ des Sozialministeriums Auskunft.¹ Dieser wiederum stützt sich seit kurzem auf eine jährliche repräsentative Befragung österreichischer Haushalte (EU-SILC) durch die Statistik Austria.²

Armutsgefährdung wird über Einkommen definiert, weil dieses am einfachsten messbar ist. Menschen mit weniger als 60% des Medianeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Armutsgefährdet waren demnach zuletzt (2005) in Österreich Menschen, die folgende Nettoeinkommen nicht erreichten:

Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2005³

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro	Monatswert netto in Euro	Jahreswert durch 14
Einpersonenhaushalt	10.796	900	771
1 Erwachsener und 1 Kind	14.034	1.170	1.002
2 Erwachsene	16.193	1.349	1.157
2 Erwachsener und 1 Kind	19.432	1.619	1.388
2 Erwachsener und 2 Kinder	22.671	1.889	1.619
2 Erwachsener und 3 Kinder	25.909	2.159	1.851

Mit dieser rein einkommensorientierten Sichtweise wird allerdings nicht das tatsächliche Ausmaß von Armut erfasst. Vor allem Ausgaben, finanzielle Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen (etwa durch Wohnen) werden dabei nicht berücksichtigt, was als Schwäche dieser rein einkommensbezogenen Definition von Armutsgefährdung kritisiert wird. Denn zahlreiche Menschen, die rein aufgrund ihres Einkommens als nicht armutsgefährdet eingestuft werden, haben aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten Benachteiligungen und Probleme: Bereits 2,037 Mio. Menschen (ein Viertel der österreichischen Bevölkerung) lebten zuletzt (2005) in Haushalten, die sich keinen Urlaub leisten können. 2,016 Mio. ÖsterreicherInnen – ebenfalls ein Viertel der Bevölkerung - lebten in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. Das waren um fast 400.000 Personen mehr als noch 2004! 710.000 konnten es sich zuletzt (2005) nicht leisten, jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch zu essen, 546.000 konnten sich keine neuen Kleider kaufen. 251.000 konnten aus finanziellen Gründen die Wohnung nicht angemessen warm halten.⁴

Treffen Einkommensarmut und Nichtteilhabe an zentralen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, wird von Armut gesprochen. Wenn etwa auch keine angemessene Wohnung (etwa ohne Bad oder WC, schlechte Wohngegend) vorhanden ist, wenn Einschränkungen

¹ der letzte „Bericht zur sozialen Lage 2003/2004“ erschien im Februar 2005

² zuletzt erschienen: Statistik Austria, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, Mai 2007

³ ebenda, S.33

⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 153

bei Heizung, Kleidung und Nahrung notwendig sind oder Zahlungsrückstände bestehen. Bei 422.000 (der mehr als 1 Mio. armutsgefährdeten) Menschen in Österreich zeigte sich 2005 neben dem unzureichenden Einkommen zusätzlich Deprivation in mindestens einer dieser Dimensionen. Diese Menschen befinden sich damit in manifester Armut.⁵

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Österreich stieg – wie aus den Sozialberichten hervorgeht - von 11% im Jahr 1999 auf 12% im Jahr 2001 und auf 13,2% im Jahr 2003. Im Jahr 2004 konnte laut EU-SILC mit 12,8% bzw. 1,030 Mio. Menschen „keine Veränderung gegenüber 2003 beobachtet werden“.⁶ Im Jahr 2005 ergibt sich für Österreich eine Armutsgefährdungsquote von 12,3%, womit sie unter den Werten von 2003 und 2004 lag. Daraus kann jedoch nicht auf eine tatsächliche Abnahme der Armutsgefährdung geschlossen werden, denn „die Veränderung gegenüber 2004 liegt im Bereich der statistischen Zufallsschwankungen“, sagt der Bericht der Statistik Austria.⁷ Im längerfristigen Vergleich stieg die Zahl armutsgefährdeten Menschen in Österreich von 1999 bis 2005 real um rund 150.000 Menschen. Der Sozialbericht 2003/2004 räumt vorsichtig ein, dass „steigende Arbeitslosenzahlen seit 2000 und der Anstieg von Sozialhilfebezieher/innen ein Hinweis auf eine mögliche Zunahme von Armutsgefährdung und Einkommensverlust für die unteren Einkommensschichten in Österreich“ sein könnten bzw. ergänzende Daten zu Sozialhilfe, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit notwendig seien, was u.a. mit dieser Arbeit versucht wird.⁸

Tatsächlich stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen in Österreich im Jahresdurchschnitt von 194.300 im Jahr 2000 auf 239.200 im Jahr 2006, also um fast 45.000.⁹ Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen erhöhte sich in Österreich von 107.000 Personen im Jahr 2000 sogar auf über 180.000 im Jahr 2005 – eine Zunahme von etwa 73.000 Personen.¹⁰ Auch in **Niederösterreich** stieg die Zahl arbeitsloser Menschen in diesem Zeitraum von 31.900 auf 40.300 Personen im Jahr 2006¹¹ - ebenfalls eine Zunahme um etwa 8.400 Menschen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg in NÖ ebenfalls von 7.100 Personen 2002 auf 10.300 Personen im Jahr 2004.¹² Niederösterreich verzeichnete damit – mit plus 31 % - nach Tirol (mit 32%) den höchsten Anstieg alle Bundesländer.

Die Untersuchung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC)“ der Statistik Austria weist seit 2004 bundesländerweise Armutsgefährdungsquoten aus. Danach waren in **Niederösterreich 2004 11,8 % (183.000 Menschen) und 2005 12,9% der Bevölkerung**

⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S 48

⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.13

⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 15

⁸ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.215

⁹ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

¹⁰ Vgl. APA0163 vom 17.10.2006

¹¹ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

¹² Neuere Bundesländerzahlen sind noch nicht verfügbar

oder 201.000 Menschen armutsgefährdet, wobei stets eine gewisse statistische Schwankungsbreite zu beachten ist.¹³ Damit war die **Armutsgefährdungsquote** in Niederösterreich **2005 die vierthöchste aller Bundesländer** nach Kärnten, dem Burgenland und Tirol.¹⁴ Die hohe Armutsgefährdung in Niederösterreich hat beispielsweise zur Folge, dass ein jährlicher Familienurlaub für 26% der Haushalte nicht leistbar ist. Für 6% der NiederösterreicherInnen ist es finanziell aber auch nicht möglich, abgetragene Kleidung zu ersetzen.¹⁵

Überdurchschnittlich hoch (20 und mehr %) ist Armutsgefährdung unter Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss, Menschen in Ausbildung, Menschen mit keiner oder nur teilweiser Erwerbstätigkeit, weiters bei Alleinerzieherinnen, Familien mit drei und mehr Kindern bei alleinstehenden PensionistInnen und unter MigrantInnen. Noch höher (30 und mehr %) ist die Armutsgefährdung bei arbeitslosen Menschen und MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten. Und am höchsten ist die Armutsgefährdung bei Menschen, die von Sozialleistungen leben (46 % aller solcher Haushalte) sowie bei Langzeitarbeitslosen (43 % bei Arbeitslosigkeit bis zu 6 Monaten, und sogar 51 % bei Arbeitslosigkeit länger als 6 Monate).

Mit der Armutsgefährdungsquote von etwa 12,5% lag Österreich 2005 im europäischen Vergleich relativ gut. Am geringsten ist die Armutsgefährdungsquote in Staaten mit ausgeprägten öffentlichen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wie Schweden, Island und den Niederlanden (mit Quoten unter und um 10 bzw. 11%). Am höchsten sind die Armutsgefährdungsquoten in Südeuropa sowie Großbritannien und Irland und einigen der neuen EU-Beitrittsländer (mit um 20%).¹⁶

Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut

Bezahlte Erwerbsarbeit galt bislang als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut, wobei das nicht nur für die Erwerbstätigen selbst gilt, sondern auch für deren Haushaltsangehörige. In Haushalten mit Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdungsquote in Österreich zuletzt (2005) durchschnittlich nur 7% und damit nur halb so hoch wie der Durchschnitt.

¹³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 32

¹⁴ in Kärnten (16,3%), Burgenland (15,2%) und Tirol (14,0%) war sie noch höher; Vorarlberg weist ebenfalls eine Armutsgefährdungsquote von 12,9% auf

¹⁵ Eigene Auswertungen

¹⁶ APA0275, 30. 04.2007

Die Intensität der Erwerbsbeteiligung eines gesamten Haushaltes steht ebenfalls in direktem Zusammenhang damit, wie hoch dessen Armutsrisiko ist. Ebenfalls entscheidend sind Qualität und Ausmaß der Erwerbstätigkeit.

Die Erwerbstätigenquote lag in **Niederösterreich** zuletzt (2005) mit 69,9% über dem österreichischen Durchschnitt (68,6%). Bei niederösterreichischen Männern betrug sie 76,6% (Ö: 75,4%), bei Frauen 63,1% (Ö: 62,0%). Die Erwerbstätigenquote in Niederösterreich liegt also in allen Bereichen knapp über dem österreichischen Durchschnitt.¹⁷

In den letzten Jahren wird eine neue Entwicklung aber zunehmend zum Problem: es gibt immer mehr Menschen, die als „working poor“ bezeichnet werden. Personen, *„die aktuell erwerbstätig und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind und deren Haushaltseinkommen (als Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltsgröße und Altersstruktur – das heißt äquivalisiert) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt“*.¹⁸

Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat in Österreich gegenüber 1999 deutlich zugenommen. 1999 betrug die Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit Erwerbstätigkeit nur 6%, 2005 bereits 7%; in Haushalten mit teilweiser Erwerbstätigkeit 1999 8 %, 2005 aber bereits 17%. Und in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit 1999 25%, 2005 bereits 28%. Nur in Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit blieb die Armutsgefährdungsquote seit 1999 mit 4% unverändert.¹⁹

Vor allem die neuen Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. *„Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutsgefährdungsschwellen verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwellen zu rutschen. Und das auch, weil diese*

¹⁷ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S. 193-194

¹⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.35

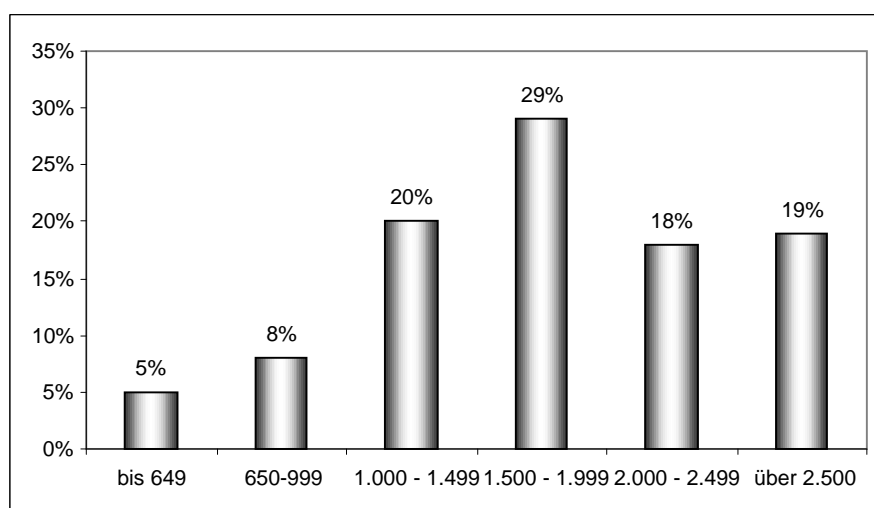
¹⁹ vgl. dazu auch BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.192

Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 fest.²⁰

Die Untersuchung „EU-SILC 2004“ widmet dem Thema „Armutsgefährdung trotz Arbeit“ bereits ein ganzes Kapitel²¹ und stellt u.a. fest: *„Aus unregelmäßigen Beschäftigungen entstehen nicht nur direkte Einkommensnachteile, sie sind oft auch mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz verbunden und führen vor allem auch längerfristig zu finanziellen Nachteilen (geringerer oder kein Pensionsanspruch, keine Sonderzahlungen, teurere Selbstversicherung...).“*²² Auch die Folgeuntersuchung im Jahr 2005 widmet sich diesem Thema. 7% oder 249.000 erwerbstätige Personen waren 2005 in Österreich trotz eines Erwerbseinkommens armutsgefährdet. *„Von allen Armutsgefährdeten im Erwerbsalter sind damit fast die Hälfte (45%) erwerbstätig.“*²³ Vor allem in Einpersonenhaushalten mit prekären Beschäftigungsverhältnissen steigt die Armutsgefährdung sprunghaft auf 16% an, bei Teilzeitbeschäftigung beträgt das Armutsgefährdungsrisiko 19%. Am häufigsten sind prekäre Arbeitsverhältnisse in Österreich unter Frauen bis 40 und bei Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen zu finden²⁴. Von den 528.000 in Österreich prekär Beschäftigten sind 316.000 (60%) Frauen.

Die Befragung EU-SILC weist für Niederösterreich im Jahr 2005 aber aus, dass **13% der Erwerbstätigen in NÖ ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro im Monat** hatten und damit an bzw. unter der Armutsgefährdungsschwelle leben:

Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Niederösterreich 2005²⁵



²⁰ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.218

²¹ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S. 45-51

²² Statistik Austria: EU-SILC 2004, S. 46 und 48

²³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 35

²⁴ Unter AkademikerInnen beträgt die Armutsgefährdungsrate ebenso wie bei Menschen mit max. Pflichtschulabschlüssen zwar ebenfalls 14%, es zeigt sich hier aber ein anderes Erwerbsmuster.

²⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.146

Tatsächlich sind in **Niederösterreich rund 50.000 Erwerbstätige trotz Berufstätigkeit von Armut betroffen sind („working poor“)**.

Die Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten ist in Niederösterreich 2005 zwar leicht angestiegen (plus 3.900 im Jahr 2005 gegenüber 2004), stärker ist dagegen die Zahl der Teilzeitbeschäftigten gewachsen (plus 6.400 allein im Jahr 2005 gegenüber 2004). 2005 hatten in **Niederösterreich nur 60% aller ArbeitnehmerInnen** (419.443 von 701.274) einen „Normalarbeitsplatz“, d.h. dass sie ganzjährig vollzeitbeschäftigt waren. Dieser Strukturwandel weg von Normalarbeitsplätzen ist für die Betroffenen in der Regel mit einer Halbierung des Einkommens verbunden: Teilzeitbeschäftigte verdienen in Niederösterreich 2005 nur etwa 49% eines Vollzeitbeschäftigten. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der ca. 100.000 ganzjährig teilzeitbeschäftigten Frauen in Niederösterreich näherte sich 2005 bereits der Armutsgefährdungsschwelle.

Über 160.000 (23%) der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen war 2005 nicht ganzjährig beschäftigt. Ihr durchschnittliches Erwerbseinkommen lag 2005 bereits unter der Armutsgefährdungsschwelle. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Weil nicht ganzjährig Beschäftigte also neben dem Erwerbseinkommen meist ein Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe in der nicht erwerbstätigen Zeit beziehen, erhöht sich deren Jahreseinkommen durch Sozialversicherungs- und Sozialleistungen und übersteigt – allerdings überwiegend nur bei Männern – die Armutsgrenze. Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in dieser Gruppe liegt in Österreich bei 16%. Auf Niederösterreich umgerechnet wären dies im Jahr 2005 **rund 25.800 Personen, die armutsgefährdet waren, weil sie nicht ganzjährig beschäftigt waren.** Bei Erwerbstätigkeiten unter 12 Wochenstunden ist in Österreich sogar jede/r 5. armutsgefährdet.

Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in NÖ in Euro 2004 und 2005²⁶

	Anzahl		durchschnittliches Nettojahreseinkommen		:14	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005
Männer						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	270.811	274.830	26.265	27.282	1.876	1.949
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	29.245	19.646	19.978	14.307	1.472	1.022
nicht ganzjährig beschäftigt	90.234	90.822	8.402	8.352	600	597
Frauen:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	144.740	144.613	19.697	20.644	1.407	1.475
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	94.730	100.718	11.333	11.749	810	839
nicht ganzjährig beschäftigt	71.263	70.645	4.852	4.755	347	340
gesamt:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	415.551	419.443	23.978	24.993	1.713	1.785
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	113.975	120.364	11.780	12.167	841	869
nicht ganzjährig beschäftigt	161.497	161.467	6.836	6.778	488	484
	691.023	701.274	17.999	18.603		

²⁶ vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2004 und 2005

Die berufliche Stellung entscheidet über Einkommen und Armutsgefährdung. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen haben unter den Erwerbstätigen das höchste Armutsrisiko. Personen, die hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben, das geringste.

Zwischen Frauen und Männern zeigt sich noch immer ein deutlicher Einkommensunterschied. Hierbei spielen viele Faktoren eine Rolle. Frauen sind beispielsweise stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten. Diese werden noch immer hauptsächlich von Männern besetzt. Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen gibt es erhebliche Einkommensunterschiede.²⁷ Obwohl im Jahr 2005 55% der ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich Männer und 45% Frauen waren, erhielten die Männer 67% sämtlicher Arbeitnehmer-Bruttobezüge, die Frauen dagegen nur 33%, was etwa dem österreichischen Durchschnitt (66% und 34%) entspricht.²⁸

Eine wesentliche Ursache für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist weiters, dass erwerbstätige Frauen, bedingt durch ihre Aufgaben in der Familie (Kinderbetreuung, Haushalt, Pflege von Angehörigen usw.) wesentlich öfter nur geringfügig- oder teilzeitbeschäftigt sind als Männer. Im Jahr 2006 waren **in Niederösterreich 70% aller geringfügig Beschäftigten Frauen** (24.320 von 34.663)²⁹.

Eine wesentliche Ursache für die verringerte Erwerbstätigkeit der Frau sind Kinder. Mit steigender Kinderzahl wird der Arbeitsplatz häufig zu Gunsten von Haushalt und Betreuungsaufgaben aufgegeben. Bei Männern im Erwerbsalter hingegen liegt die Erwerbsbeteiligung unabhängig von der Zahl der Kinder bei 80%, lediglich bei Männern mit 3 oder mehr Kindern zeigt sich eine leicht verringerte Erwerbstätigenquote. Da die Erwerbsbeteiligung der Männer generell hoch ist, hängen die Haushaltserwerbsintensität und damit auch das Ausmaß der Armutsgefährdung in hohem Maße davon ab, ob von der Frau ein (zusätzliches) Einkommen erwirtschaftet wird. Wenn die Frau erwerbstätig ist, reduziert sich das Armutsrisiko um die Hälfte oder mehr gegenüber jenen Haushalten, in denen eine Frau im Erwerbsalter keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Entscheidend für die Erwerbstätigkeit der Frauen ist auch das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt bzw. das Angebot an bedarfsorientierten Kinderbetreuungseinrichtungen.³⁰

Neben Alter und Geschlecht hat die Bildung den größten Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung. Personen mit geringer Qualifikation haben auf dem Arbeitsmarkt deutliche Nachteile: Von

²⁷ vgl. dazu: ÖGPP: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, S. 11

²⁸ vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, eigene Berechnung

²⁹ www.sozialversicherung.at

³⁰ mehr dazu im Abschnitt „Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko“

den Männern mit höchstens Pflichtschulabschluss sind in Österreich knapp zwei Drittel erwerbstätig, bei höheren Bildungsabschlüssen sind es etwa 80%.³¹

Auch Selbständige sind nicht vor Armut geschützt. In Niederösterreich gab es zuletzt (2004) etwa 38.800 Menschen, die ausschließlich selbständig erwerbstätig (ohne unselbständige Beschäftigung nebenbei) waren und dabei Einkommen von 10.000 oder weniger Euro pro Jahr auswiesen, womit sie sich an bzw. unter der Armutsgrenze befanden.³² Es waren dies überwiegend kleine Gewerbebetriebe, Land- und Forstwirtschaften.

Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Die Armutsgefährdungsquote ist in Haushalten mit einer oder mehreren arbeitslosen Personen überdurchschnittlich hoch. Die Armutsgefährdungsquote steigt bei Haushalten mit einem Arbeitslosen deutlich - auf etwa 33% - an. Lebt ein Langzeitarbeitsloser im Haushalt, sind sogar 45% dieser Haushalte in Österreich armutsgefährdet.³³ Diese Personengruppe weist gemeinsam mit Personen in Ausbildung auch die größte Lücke zwischen ihrem tatsächlichen Einkommen und der Armutsgefährdungsschelle auf.

Im Mai 2007 waren in Niederösterreich 30.356 Menschen arbeitslos. Niederösterreich hatte mit 5,2% nach Oberösterreich (3,0%) und Salzburg (4,2%) die drittniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.³⁴ Geht man von einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit kurzzeitarbeitslosen (12%) und langzeitarbeitslosen (45%) Personen aus³⁵, so ist anzunehmen, dass in **Niederösterreich im Mai 2007 mindestens 3.600 Haushalte aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder solcher von Familienmitgliedern armutsgefährdet** waren.

Die Situation der Betroffenen wird außerdem erschwert, weil sowohl **das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe in Niederösterreich** (aber auch in Österreich insgesamt) **unter der Armutsgrenze** liegen.

Das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld lag bei Männern 2006 bis zu 100, bei arbeitslosen Frauen bis zu 250 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2005 und damit im Bereich „erhöhter Armutsgefährdung“. Die Notstandshilfe lag sowohl bei Männern als auch bei Frauen deutlich (um etwa 250 bis über 400 Euro) unter der Armutsgefährdungsschwelle. Entscheidend, ob es tatsächlich zu Armutsgefährdung und

³¹ mehr dazu im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“

³² Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2004, S. 112 f. und 200 f.

³³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.49

³⁴ www.ams.at Monatsfolder, Arbeitsmarkt aktuell Mai

³⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.42

Armut kommt, ist – wie dargestellt –, ob zumindest zeitweise Erwerbsarbeit und –einkommen erlangt werden kann bzw. wie die Einkommenssituation und Kostenbelastung im Haushalt insgesamt aussieht.

Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in NÖ 2006³⁶

	durchschnittliches tägliches Arbeitslosengeld	= monatlich	durchschnittliche tägliche Notstandshilfe	= monatlich
	in Euro			
Männer	26,90	807,00 - 833,90	21,20	636,00 - 657,20
Frauen	21,60	648,00 - 669,60	16,10	483,00 - 499,10
insgesamt	24,80	744,00 - 768,80	19,10	573,00 - 592,10

Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass das Arbeitslosengeld sowohl der Frauen als auch Männern in Niederösterreich geringfügig über dem österreichischen Durchschnitt von 21,50 Euro bzw. 26,70 Euro pro Tag liegt. Bei der Notstandshilfe liegt der durchschnittlich tägliche Bezug bei Frauen in Niederösterreich leicht unter dem österreichischen Durchschnitt (16,40 Euro), bei Männern liegt er hingegen leicht darüber (20,70 Euro).

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aus dem Erwerbsleben setzen sich in der Arbeitslosigkeit fort. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld der niederösterreichischen Arbeitnehmer war 2006 um 25% höher als jenes der Frauen. Die durchschnittliche Notstandshilfe der Männer war sogar um 32% höher als jene der Frauen. Dennoch ist das in den meisten betroffenen Haushalten nicht ausreichend um Armutsgefährdung zu verhindern.

Bildung verringert das Armutsrisiko

Bildung spielt eine große Rolle, welche Chancen Menschen am Arbeitsmarkt haben. Bildung hat – wie erwähnt – große Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung. 80,2% der im Jahr 2006 arbeitslosen Menschen in Niederösterreich hatten als höchsten Schulabschluss einen Lehrabschluss.³⁷ Bildung hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt aktiv teilzunehmen, auch die Höhe des Erwerbseinkommens wird maßgeblich durch Bildung beeinflusst. Jede Form der weiterführenden Bildung verringert das Risiko von Einkommensarmut. Unter Menschen mit nur Pflichtschulabschluss ist die Armutsgefährdungsquote in Österreich mit 14% überdurchschnittlich hoch. Unter AbsolventInnen einer Lehre oder mittleren beträgt sie 7%. Bei MaturantInnen und AkademikerInnen ist die Armutsgefährdungsquote mit 5% unterdurchschnittlich.³⁸

³⁶ www.ams.at Arbeitsmarktdaten

³⁷ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

³⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.36

25% der erwerbstätigen Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher über 15 Jahren (etwa 317.000 Menschen) hatten 2005 als höchste abgeschlossene Bildung einen Pflichtschulabschluss.³⁹ 436.000 (57%) der Erwerbstätigen hatten zuletzt (2001) den Abschluss einer Lehre oder berufsbildenden mittleren Schule aufzuweisen. Fast 99.800 (13%) der Erwerbstätigen hatten den Abschluss einer Allgemeinbildenden oder Berufsbildenden höheren Schule aufzuweisen. Und etwa 71.800 (9%) hatten den Abschluss eines Kollegs, einer Akademie, Hochschule oder Universität.⁴⁰ Damit war das allgemeine Bildungsniveau der erwerbstätigen NiederösterreicherInnen einzig im Bereich des Abschlusses eines Kollegs, einer Akademie, Hochschule oder Universität schlechter (minus 2%) als im österreichischen Durchschnitt.⁴¹ (mehr dazu im Abschnitt „Humankapital“)

44% aller Frauen in Niederösterreich (ab 15 Jahren; sowohl erwerbstätige als auch nicht erwerbstätige) (293.600 Personen) hatten zuletzt (2001) als höchste abgeschlossene Bildung nur einen Pflichtschulabschluss, dagegen nur 21% (149.200) der niederösterreichischen Männer. Im Bereich der höheren Bildung haben die Frauen in Niederösterreich allerdings deutlich aufgeholt: hatten noch 1991 nur 11% der Frauen Matura oder Hochschulabschluss (15% der Männer), so waren es 2001 bereits 16,5% der Frauen (18,7% der Männer).⁴²

Im Schuljahr 2004/05 lag der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen mit 35% aller SchülerInnen und Studierenden in Niederösterreich deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt (53,7%),⁴³ was auf die geringe Zahl universitärer Einrichtungen zurückzuführen ist. Selbst unter Ausschluss der Studierenden ergibt sich für Niederösterreich aber eine Quote von nur 35%, während österreichweit 38% der SchülerInnen und StudentInnen eine mittlere, höhere oder Fachhochschule besuchen.

Fast 38.000 PensionistInnen in NÖ weiterhin armutsgefährdet

Die Einkommensunterschiede aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung in der Pension: Während die durchschnittliche Pension eines Arbeitnehmers in Niederösterreich im Jahr 2005 jährlich 18.211 Euro netto (Österreich: 17.792) betrug (= ca. 1.301,- x 14), betrug

³⁹ Statistik Austria : EU-SILC 2005, S.139

⁴⁰ vgl. Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Niederösterreich, S.258

⁴¹ Die Zahlen für Gesamtösterreich: Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung Lehre oder berufsbildende mittlere Schule 53%, Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung AHS/BHS 12% und darüber 11%.

⁴² Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Niederösterreich, S.18

⁴³ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2006, Kap. 4.09

die durchschnittliche Pension einer Arbeitnehmerin in Niederösterreich im Jahr 2005 nur 12.106 Euro netto (= ca. 865,- x 14) (Österreich: 12.051).⁴⁴

Die durchschnittlichen Pensionen lagen damit in Niederösterreich bei Frauen um ca. 0,5% und bei Männern um 2,3% über dem österreichischen Durchschnitt, damit insgesamt auch deutlich über der Armutsgefährdungsschwelle. Dieser Durchschnitt spiegelt allerdings nicht die große Bandbreite und Unterschiede der Pensionshöhen wieder.

In Niederösterreich hatten 2005 Arbeitnehmer eine um durchschnittlich 50% höhere Pension als Arbeitnehmerinnen. Waren die Frauen zumeist ganzjährig beschäftigt, so betrug ihre Nettojahrespension 12.482 Euro. Waren sie dagegen nicht ganzjährig beschäftigt, dann betrug ihre Pension nur 5.157 Euro,⁴⁵ womit sie deutlich unter der Armutsgrenze lag. Das bedeutet, dass nicht ganzjährige Beschäftigung sowohl im Erwerbsleben wie auch in der Pension für Frauen mit hoher Wahrscheinlichkeit Armutsgefährdung bedeuten. 23% (etwa 44.300) der 195.400 niederösterreichischen Pensionistinnen hatte (2001) keine Eigenpension, sondern ausschließlich eine Hinterbliebenenpension.⁴⁶ Dagegen hatten praktisch alle Männer eine Eigenpension, was die Rollenverteilung vergangener Zeiten widerspiegelt.

Im Dezember 2006 hatten 10,9% der niederösterreichischen PensionistInnen (37.854 Personen) eine so niedrige Eigenpension, dass sie eine Ausgleichszulage (in einer durchschnittlichen Höhe von 244 Euro pro Monat⁴⁷) bekamen. Im Dezember 2006 beschloss der Nationalrat, den Ausgleichszulagenrichtsatz (für Einzelpersonen) ab 2007 auf 726 Euro für Alleinstehende und 1.091 Euro für Ehepaare monatlich anzuheben, was allerdings nur der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2004 entspricht. Die Höhe dieser Pensionen mitsamt der Ausgleichszulage liegt damit dennoch unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2005 – bei Einzelpersonen etwa um 45 Euro monatlich, bei Paaren um etwa 65 Euro pro Monat. Mit anderen Worten: **2006 waren damit immer noch 37.854 AusgleichszulagenbezieherInnen in Niederösterreich armutsgefährdet**. Frauen waren hiervon stärker betroffen, denn sie stellen über 60% dieser Gruppe dar⁴⁸.

Stark armutsgefährdet sind generell in Österreich und auch in Niederösterreich alleinstehende Frauen. 25% aller alleinstehenden Pensionistinnen sind armutsgefährdet, aber auch 19% aller alleinstehenden Frauen im erwerbsfähigen Alter.⁴⁹ Haushalte von Alleinerzieherinnen (etwa 253.000 in Österreich) und alleinstehenden Frauen (etwa 302.000

⁴⁴ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005; sie weist 207.958 Frauen und 172.553 Männer auf und enthält auch die PensionsbezieherInnen des öffentlichen Dienstes

⁴⁵ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005

⁴⁶ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Niederösterreich, S.12

⁴⁷ der Durchschnitt in Österreich liegt bei 250 Euro pro Monat

⁴⁸ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Bevölkerung

⁴⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.43

in Österreich)⁵⁰ sowie Pensionistinnen (etwa 416.000 in Österreich)⁵¹ stehen am unteren Ende der Einkommensskala in Österreich. In Niederösterreich sind knapp 105.000 erwachsene Frauen unverheiratet, weitere 149.000 geschieden oder verwitwet,⁵² Etwa 111.100 Niederösterreicherinnen leben allein⁵³, 50.600 sind Alleinerzieherinnen.⁵⁴

„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko

Haushalte mit pflegebedürftigen oder Personen mit besonderen Bedürfnissen haben ein durchschnittliches Armutsrisiko, wenn Leistungsbezüge in Form von Pflegegeld oder einer erhöhten Familienbeihilfe zur Verfügung stehen und in Anspruch genommen werden. Seit 1993 in Österreich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Pflegegeld gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Doch übersteigt die erbrachte Pflegeleistung wertmäßig oft weit das Pflegegeld. Denn der implizierte Stundenlohn beträgt in der Pflegestufe 1 nur 2,80 Euro, in der Pflegestufe 7 6,13 Euro.

Pflegebedürftige Menschen können mit den Pflegegeldern an Hilfspersonen, Soziale Dienste oder Pflegeeinrichtungen Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen bezahlen. Auch steuerliche Maßnahmen helfen. Ohne Selbstbehalt können beispielsweise Aufwendungen für Behinderungen von Kindern als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Der Großteil der behinderten Kinder und Jugendlichen erhält darüber hinaus eine erhöhte Familienbeihilfe. Dennoch sind die staatlichen Unterstützungen zumeist nicht ausreichend um die tatsächlichen Aufwendungen für die Versorgung zu gewährleisten.

Die Armutsgefährdungsquote erhöht sich allerdings sprunghaft (auf 20%), wenn solche Leistungen nicht zur Verfügung stehen oder nicht ausreichen, um den Betreuungs- und Pflegeaufwand zu bezahlen, was nach Aussage des Sozialberichts 2003/2004 bei Haushalten mit zusammen 236.000 Menschen in Österreich der Fall ist, in denen zumindest eine Person mit besonderen Bedürfnissen lebte, die keinen oder einen nicht ausreichenden Leistungsbezug hatte. Im Fall dieser Gruppe wird die Bedeutung von ausreichenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zur Verringerung von Armutsgefährdung besonders deutlich. Die Diskussionen um den „Pflegenotstand“ in Österreich seit dem Sommer 2006 zeigten deutlich auf, dass die bestehenden Leistungen bei höheren Betreuungs- und Pflegeaufwand vielfach nicht ausreichen.

In ländlichen Regionen ist zudem die Nichtinanspruchnahme eigentlich gebührender Leistungen oft hoch. Man spricht von sog. „verschämter Armut“. In Niederösterreich erhielten

⁵⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁵¹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.43

⁵² Statistik Austria: Volkszählung 2001, Hauptergebnisse 1, Niederösterreich

⁵³ Statistik Austria: Familien und Haushaltsstatistik 2005, S. 32

⁵⁴ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Niederösterreich

zuletzt (2003) 61.425 Menschen das Pflegegeld des Bundes (es steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben).⁵⁵ Mit 3,8 % der Bevölkerung entsprach die Inanspruchnahme dem Bundesschnitt. Mehr als die Hälfte von ihnen (55,6%) waren in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2. Im Bundesdurchschnitt waren es ebenfalls 55,6%.

Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Niederösterreich im Jahr 2004 weitere 10.878 Menschen Landespflegegeld⁵⁶ (es steht Personen zu, die keinen Pensionsanspruch haben). Mit 7 von 1000 EinwohnerInnen lag der Anteil der Bevölkerung, welcher Landespflegegeld bezog, ebenfalls im österreichischen Durchschnitt.

Es gibt auch in Niederösterreich eine deutliche Differenz zwischen der Zahl der Personen, die Pflegegeld in Anspruch nehmen, und solchen, die in einem Alter sind, in dem üblicherweise Pflegebedarf entsteht. Die Zahl der Menschen ab 75 Jahren (etwa 125.000)⁵⁷ ist in Niederösterreich etwa doppelt so hoch als die Zahl jener, die tatsächlich Pflegegeld bezieht⁵⁸.

Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, z.T. SeniorInnen- und vor allem Pflegeheime) werden durch die Bundesländer organisiert und entlasten Haushalte von solchen pflegerischen Leistungen. Zuletzt (2004) wandte das Land Niederösterreich für die Alten- und Pflegeheime 209,5 Mio. Euro aus, 106,7 Mio. für Behindertenhilfe sowie für das Landespflegegeld 54,6 Mio. Euro.⁵⁹

Armutsgefährdung von Haushalten mit pflegebedürftigen Menschen entsteht allerdings meist dadurch, dass die Erwerbstätigkeit pflegender Angehöriger eingeschränkt wird und/oder erhebliche Kosten für Pflegehilfe anfallen. Ein Großteil der Pflegeleistungen in Österreich wird nicht von Sozialen Diensten oder in Geriatrischen Einrichtungen erbracht, sondern innerhalb der Familien - und hier überwiegend von Frauen (66% der Pflegenden sind Frauen) – sowie in zunehmenden Maße von Betreuungs- und Pflegekräften aus dem Ausland. Eine großangelegte Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003 ergab, dass in 80 bis 90% der Betreuungs- und Pflegefälle Hilfsmaßnahmen (wie Einkaufen und Reinigung der Wohnung) durch Angehörige (oder andere Personen; Anm. der Verfasser) erfolgten und in nur 15 bis 20% durch mobile Dienste und stationäre Einrichtungen. Auch aufwändigere Betreuungs- und Pflegemaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich

⁵⁵ Dunja Petzl: 10 Jahre Bundespflegegeld Pflegevorsorge – ein statistischer Überblick, S. 250, in: Soziale Sicherheit 5/2003

⁵⁶ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 8.31

⁵⁷ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S.50

⁵⁸ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 08, S.225

⁵⁹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 08, S.225

von Angehörigen durchgeführt.⁶⁰ „Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und –bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.“

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen und 144.000 Männer, die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.⁶¹ Umgelegt auf **Niederösterreich** bedeutet das, dass **106.900 Personen durch etwa 98.500 Angehörige betreut und gepflegt** wurden.⁶²

Als private PflegehelferInnen fungierten laut der Untersuchung des Sozialministeriums vorwiegend Kinder, Schwiegerkinder und PartnerInnen. Die große und wachsende Zahl ausländischer Betreuungs- und Pflegekräfte wurde offenkundig nicht erkannt oder erfasst. Etwa die Hälfte der pflegenden Angehörigen arbeitete nur Teilzeit, verzichtete für diese Pflege auf Erwerbseinkommen und geriet deshalb in Armutsrisiko.

Die deutliche Zunahme älterer Menschen in den kommenden Jahrzehnten wird auch den Pflegebedarf deutlich erhöhen, sofern sich nicht der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen deutlich verbessert. Die Zahl der Menschen über 65 Jahren wird in Niederösterreich bis 2031 um rund 73% steigen, das bedeutet eine Zunahme von etwa 181.000 Personen.⁶³ Kommt es zu keinem deutlichen Ausbau von Pflegediensten und –einrichtungen bzw. der für Pflegeleistungen bereitgestellten Gelder (sei es über ein erhöhtes Pflegegeld, einen Pflegefonds oder eine Pflegeversicherung) und Pflegepersonal, so werden in noch viel höherem Maß als heute Familienmitglieder – oder billige ausländische Betreuungs- und Pflegekräfte - die Pflege Angehöriger erbringen und ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen.

Etwa 40.000 armutsgefährdete MigrantInnen

Über ein Viertel der MigrantInnen in Österreich (26%) ist armutsgefährdet. 79% der MigrantInnen (einschließlich der Kinder und Älteren) müssen mit einem Einkommen unter dem oder in der Höhe des Medianeinkommen leben, nur 21% steht höheres zur Verfügung. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung aus kulturellen Gründen oft den Frauen zugeteilt, was etwa in der muslimischen Bevölkerung zu einer geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen führt. Aber mit

⁶⁰ Vergl. Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung

⁶¹ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S.44

⁶² Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S. 107f.

⁶³ Österreichische Raumordnungskonferenz: Bevölkerungsprognose 2001-2031, S. 77

nur einem Erwerbseinkommen ist die Lebenshaltung heute meist schwierig. „Der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation dieser Gruppe aber kaum.“⁶⁴

In Niederösterreich lebten zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung 2001 etwa 94.000 Menschen (MigrantInnen) ohne österreichische Staatsbürgerschaft, das waren etwa 6,1% der Bevölkerung. Weitere 56.600 eingebürgerte NiederösterreicherInnen und Niederösterreicher (3,7%) waren im Ausland geboren.⁶⁵ Wenn man die Armutsgefährdungsquote unter MigrantInnen in Österreich (27%) bzw. Eingebürgerten (26%) heranzieht und davon ausgeht, dass die Armutsgefährdung in Niederösterreich nicht wesentlich anders ist, so kann angenommen werden, dass **in Niederösterreich etwa 40.000 MigrantInnen und Eingebürgerte armutsgefährdet** sind.

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Haushalte mit kleinen Kindern (4 bis 6 Jahre) haben in Österreich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (17%)⁶⁶. Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt sieben Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsrisikos verzeichnet werden, weil – durch die Schulpflicht – Kinderbetreuungsaufwand bzw. -kosten zurückgehen und die Frau wieder stärker in das Erwerbsleben eingebunden ist.

Der Sozialbericht 2003/04 nennt ausdrücklich „das Problem mangelnder externer Kinderbetreuung“, durch das sich Frauen aus dem Erwerbsarbeitsprozess zurückziehen müssen.⁶⁷ 57% der Frauen mit Kleinkindern (bis 6 Jahren) in Österreich können nur Teilzeit arbeiten und sind damit enorm abhängig von einem Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.

Etwa 255.700 (2005) niederösterreichische Kinder sind unter 15 Jahre⁶⁸ und damit in einem Alter, wo noch mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. In Niederösterreich lebten im Jahr 2005 etwa 90.600 Kinder bis 5 Jahren, also im Vorschulalter. Laut Kindertagesheimstatistik 2005/06 befanden sich davon aber nur 43.900 Kinder in Krippen oder Kindergärten.⁶⁹ Das heißt, dass nur 48% der niederösterreichischen Vorschulkinder in Betreuungseinrichtungen untergebracht waren, aber 52% zu Hause oder in einer anderen Form (Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte, usw.) betreut werden. Die größten Betreuungsmängel in Niederösterreich gibt es bei Kleinstkindern zwischen 0 und 2 Jahren,

⁶⁴ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁶⁵ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I - Niederösterreich, S.165

⁶⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁶⁷ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.217

⁶⁸ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S.50

⁶⁹ Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2005/2006, S.70

von denen lediglich 6,4% in einer Betreuungseinrichtung versorgt werden. Dieser Wert liegt auch weit unter dem österreichischen Durchschnitt von 10,2% in dieser Altersgruppe.

Unter mangelnder Kinderbetreuung leiden in besonderem Maße alleinerziehende Haushalte.
„89.000 Personen, beinahe jede dritte Person (31%) in einem alleinerziehenden Haushalt ist armutsgefährdet. Trotz ihrer sehr hohen Erwerbsbeteiligung von 77% gehören Alleinerziehende zu den gefährdetsten Gruppen“, stellt der Sozialbericht 2003/2004 für Österreich fest.⁷⁰ Und: *„Bestehende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben demnach einen besonderen Nachteil für alleinerziehende erwerbstätige Frauen und ihre Kinder.“*⁷¹ Der Sozialbericht kommt daher zum Schluss: *“Es ist daher essentiell, Frauen mit Familie ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeit und die damit verbundene Kinderbetreuung zu ermöglichen, um Familien und ihre Kinder vor Armut zu schützen. Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.“*⁷²

In etwa **jede fünfte Familie mit Kindern in Niederösterreich ist ein AlleinerzieherInnen-Haushalt** (ca. 48.900 der ca. 253.500 Familien mit Kindern). In diesen Haushalten lebten zuletzt (2005) etwa 67.800 Kinder, 19.700 (30%) von ihnen waren unter 15 und damit in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigen Alter. 87% bzw. 48.900 der alleinerziehenden Elternteile in Niederösterreich waren bzw. sind Frauen mit zusammen 59.700 Kindern.⁷³

Die Armutsgefährdungsquote von alleinerziehenden Haushalten war zuletzt (2005) mit 27%⁷⁴ überdurchschnittlich hoch. Man kann davon ausgehen, dass daher zuletzt (2005) **in Niederösterreich etwa 16.400 alleinerziehende Haushalte mit zusammen fast 31.500 Erwachsenen und Kindern armutsgefährdet** waren, davon etwa 13.700 Haushalte von alleinerziehenden Frauen (mit zusammen 27.600 Frauen und Kindern).

Mit 21%⁷⁵ überdurchschnittlich hoch ist auch die Armutsgefährdungsquote von Familien mit drei und mehr Kindern. Solche gab es in Niederösterreich zuletzt (2005) etwa 36.900 mit zusammen etwa 120.000 Kindern, von denen etwa die Hälfte unter 15 Jahre alt waren, also in einem Alter, wo mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. Etwa 181.000 Menschen lebten in solchen Familien mit 3 und mehr Kindern, davon sind 3.200 Haushalte alleinerziehend.⁷⁶ Geht man von der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote solcher Familien aus, so würde das bedeuten, dass (abzüglich der alleinerziehenden Haushalte) **in**

⁷⁰ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁷¹ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁷² BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁷³ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Niederösterreich, S.342, eigene Berechnungen

⁷⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁷⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁷⁶ Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2005, S. 62 , eigene Berechnungen

Niederösterreich über 45.000 Erwachsene und Kinder armutsgefährdet sind⁷⁷, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben und dadurch eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten bzw. überdurchschnittliche Lebenshaltungskosten haben.

15% (270.000) der Kinder und Jugendlichen in Österreich leben in Haushalten, die armutsgefährdet sind. In Niederösterreich sind es mit 18% überdurchschnittlich viele. Das heißt: **62.000 Kinder und Jugendliche leben in NÖ in Haushalten, die armutsgefährdet sind.**⁷⁸

Soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt

Zahlreiche Studien zeigen den engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem zukünftigen sozialen Status ihrer Kinder. Vor allem Bildung hat einen starken Einfluss auf das zukünftige Einkommen und somit auf die zu erwartenden Lebensbedingungen. Die EU-SILC Erhebung 2005 behandelt erstmals auch die „intergenerationale soziale Mobilität“, also den Einfluss der sozialen Herkunft auf Lebens- und Einkommenschancen.

Dabei zeigt sich in Österreich die soziale Selektivität des Bildungssystems. Noch immer haben Kinder aus „bildungsfernen Haushalten“ oder Haushalten mit Migrationshintergrund einen erschwerten Bildungsaufstieg. Während 46% der Kinder aus AkademikerInnen-Haushalten selbst einen akademischen Bildungsabschluss aufweisen können, erreichen dies nur 5% der Befragten, deren Eltern nur einen Pflichtschulabschluss haben. Die Ergebnisse zeigen auch, dass sich dies seit den 1950er Jahren nicht verändert hat.⁷⁹

Ein Zusammenhang zeigt sich auch zwischen der finanziellen Situation des elterlichen Haushaltes und der Bildung, wobei es sich dabei um eine Weiterführung der Ungleichheit von Bildungschancen handelt. Während 36% der Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation maximal Pflichtschulabschluss erreichen ist dies nur bei 7% aus Haushalten mit sehr guten finanziellen Mitteln der Fall. Von diesen erlangen hingegen über ein Viertel einen Universitätsabschluss.

Diese Unterschiede wirken sich auf das spätere Einkommen der Personen aus. Somit wird „der Einfluss des elterlichen Haushalts (...) auch bei der Armutsgefährdung sichtbar.“⁸⁰ Während Personen aus elterlichen Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation eine Armutsgefährdung von 15,3% aufweisen und damit eine deutlich erhöhte Armutsgefährdung haben, sind jene aus Haushalten mit guter oder sehr guter finanzieller Situation mit einer

⁷⁷ eigene Berechnung

⁷⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.142

⁷⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 60

⁸⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 63

Quote von knapp über 10% deutlich unter dem Durchschnitt. Bei Personen zwischen 25 und 45 Jahren aus finanziell schlechter gestellten Familien ergibt sich sogar eine Armutsgefährdungsquote von 22,3%, was auf den stärkeren Einfluss des Elternhauses als bei älteren Personen zurückzuführen ist.

Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung

In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand in Österreich 60% des Gesamteinkommens aus! Ohne Sozialtransfers wären in Österreich beispielsweise 35% aller alleinstehenden Frauen armutsgefährdet und sogar 55% aller AlleinerzieherInnen. Leistungen der öffentlichen Hand sind daher von größter Bedeutung, um die Armutsgefährdung zu verringern.⁸¹

Solche Leistungen sind vor allem finanzielle Unterstützungen bzw. Dienstleistungen des Bundes bzw. der Sozialversicherungen bei Arbeitslosigkeit, Unfall oder Krankheit, Pensionen und Pflegegelder, die diversen Familienleistungen (wie Wochengeld, Familienbeihilfe, Steuerabsetzbeträge, Kinderbetreuungsgeld sowie diverse Schul- und Studienbeihilfen), aber auch die Sozialleistungen der Länder und Gemeinden, vor allem die Sozialhilfe, die Wohn- und Mietzinsbeihilfen, die Behinderten- und Flüchtlingshilfen, Kinderbetreuungs- oder Senioreneinrichtungen.

Fast ein Drittel aller Einkommen in Niederösterreich kommen aus Sozialleistungen (10%) und Pensionen (22%). **Für 436.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (28% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle.**⁸² Ohne Sozialleistungen wären nicht „nur“ 201.000, sondern **355.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (23% der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm** (ohne Pensionen wären es sogar 664.000 Menschen). 154.000 Menschen kommen in Niederösterreich durch Sozialleistungen aus dem Bereich der Armutsgefährdung heraus, 201.000 bleiben armutsgefährdet, weil diese Leistungen nicht hoch genug sind, um 60% des Medianeinkommens zu erreichen.⁸³

Schon derzeit reichen also die bestehenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen in Österreich wie auch in Niederösterreich also nicht aus, um Armutsgefährdung und Armut zu verhindern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmensenkungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung, weil dadurch entweder die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen und damit die Einkünfte von Menschen aus solchen

⁸¹ dazu BMSK: „Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁸² Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.108 ff.

⁸³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.131

Leistungen verringert oder aber Ausgaben für private (Zu-)Zahlungen („Selbstbehalte“, „private Vorsorgen“) erhöht werden. Ebenso wirken öffentliche Abgabenerhöhungen armutsgefährdend, wenn sie belastend auf lebensnotwendige Bereiche wie das Wohnen, Energie, die Einkommen oder die Mobilität wirken. Die deutlich höhere Zahl arbeitsloser Menschen in Österreich hat in den vergangenen Jahren bei gleichzeitiger Kürzung des Arbeitslosengeldes zur höheren Armutsgefährdung ebenso beigetragen wie die Senkung verschiedener Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, wodurch die Sozialversicherungen zu Leistungseinschränkungen gezwungen wurden. Die Kürzung von Einkommen einerseits bzw. höhere Belastungen der Einkommen andererseits zeigten und zeigen zudem deutliche negative Rückwirkungen auf den Inlandskonsum, der trotz Hochkonjunktur deutlich schwächer ausfällt als in vergangenen Aufschwungphasen.

Betroffen waren auch Einrichtungen, welche die Armut bekämpfen sollen: das Einfrieren der Wohnbauförderungsbeiträge des Bundes an die Länder und der Wegfall der „Kindergarten-Milliarde“ zum Bau von Krippen, Kindergärten und Horten haben es den Ländern und Gemeinden erschwert, leistbaren Wohnraum bzw. bedarfsorientierte Kinderbetreuungseinrichtungen bereitzustellen. Das Sparen bei öffentlichen Subventionen hat die Arbeit gemeinnütziger sozialer Einrichtungen erschwert. Letztlich hat auch die Verdoppelung der Zuwanderung nach Österreich in den Jahren 2000 bis 2005 zu höherer Armutsgefährdung beigetragen, zumal den Ländern und Gemeinden kaum die entsprechenden Ressourcen für eine Integration (im Arbeits-, im Wohn-, im Bildungs- oder Sozialbereich) gegeben wurden.

Anstieg der Haushaltsausgaben

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der tatsächlichen Armut sind in den letzten Jahren bei eher stagnierenden Einkommen wachsende Lebenshaltungskosten. In den Jahren 2000 bis 2005 sind die Reallöhne in Österreich zweimal (2000 und 2001), die Pensionen sogar jedes Jahr real zurückgegangen, weil die Preissteigerungsraten über den Lohn-, Gehalts- und Pensionsanpassungen lagen.

Auch der Sozialbericht 2003/2004 räumt ein, „*dass Änderungen in den Ausgaben und Kostenstrukturen einen ressourcenzentrierten Ansatz nicht berühren.*“⁸⁴ Und derartige finanzielle Belastungen (durch Steuer- und Abgabenerhöhungen, durch höhere Wohn- und Energiepreise oder Gesundheitskosten) gab es in den letzten Jahren unzweifelhaft.

Die Statistik Austria weist den allgemeinen Anstieg der Verbraucherpreise seit dem Jahr 2000 bis 2005 mit 10,6% aus. Die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind im gleichen

⁸⁴ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

Zeitraum überdurchschnittlich stark um 14,9% und Kosten für die Gesundheit um 13,7% gestiegen.⁸⁵ Allein die Großhandelspreise von Heizöl wurden in dieser Zeit um 34,1% teurer, von Koks und Kohle um 39,9%, von Obst, Gemüse und Kartoffeln um 26,3%.⁸⁶ Diese Verteuerungen treffen armutsgefährdete Menschen besonders stark, weil diese einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel, Wohnen und Gesundheit aufwenden müssen. „Jede Erhöhung bei den Ausgaben belastet untere Einkommenshaushalte überproportional“.⁸⁷

Deutlich wird die erhöhte Belastung auch bei der veränderten Nachfrage bei Sozialeinrichtungen. Während es sich bis vor wenigen Jahren vorwiegend um finanzielle Hilfe für die Möglichkeit sozialer Teilhabe (zum Beispiel Schulschikurse) gehandelt hat, hat sich die Nachfrage mittlerweile auf elementare Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel und Heizkosten ausgeweitet.

Durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in NÖ 2004/05⁸⁸

Ausgabengruppe		Haushalts-	Aquivalenz-
	in %	ausgaben	ausgaben
		in Euro	
Ernährung	13,2	349	210
Alkohol, Tabak	2,6	66	43
Bekleidung, Schuhe	5,2	136	82
Wohnen, Energie	22,1	583	372
Wohnausstattung	7,1	188	111
Gesundheit	3,0	80	53
Verkehr	17,2	453	267
Kommunikation	2,2	59	37
Freizeit, Sport, Hobby	12,8	336	206
Bildung	0,7	17	9
Hotel, Cafes, Restaurants	5,1	135	85
sonstiges	8,7	230	144
Ausgaben insgesamt	100,0	2.632	1.617

Die **durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben** waren in Niederösterreich zum Zeitpunkt der letzten Erhebung (Konsumerhebung 2004/05) mit durchschnittlich 2.632 Euro monatlich die **vierthöchsten aller Bundesländer** (nach Oberösterreich, Salzburg und Tirol). In Niederösterreich liegen (mit Ausnahme der Ausgaben für Hotel, Cafes, Restaurants) alle Werte über dem österreichischen Durchschnitt.

⁸⁵ Im 1.Halbjahr 2006 gab es im Vergleich zum Referenzjahr 2005 einen Anstieg des Gesamtindex von 1,2%; die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind um 3,3% und für Gesundheit um 0,9% gestiegen.

⁸⁶ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 10.03 und 10.04

⁸⁷ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

⁸⁸ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, Seite 203-224; nicht regelmäßige Ausgaben (wie Energieabrechnungen, Urlaube, größere Anschaffungen, Reparaturen usw.) werden in dieser Darstellung auf die monatlichen Kosten umgerechnet.

Hohe Wohnkosten in Niederösterreich

Die Wohnkosten sind in der Regel der größte Ausgabenposten von Haushalten. Der durchschnittliche monatliche Wohnungsaufwand in Niederösterreich (für entgeltlich genutzte Wohnungen) betrug zuletzt (3.Quartal 2006) 330 Euro, lag damit um 10% unter dem österreichischen Durchschnitt (365 Euro) und war (nach dem Burgenland) der zweitniedrigste Wohnungsaufwand aller Bundesländer.⁸⁹ Die durchschnittlichen Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie liegen laut Konsumerhebung (hier werden auch die Kosten selbstgenutzter Eigentumswohnungen und Eigenheime mit eingerechnet) in Niederösterreich mit durchschnittlich 582 Euro pro Monat etwas über dem Österreichdurchschnitt (566 Euro). In NÖ wurden durchschnittlich 22,1% der Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie benötigt (Ö: 22,3%).⁹⁰

Berufstätige hatten laut Mikrozensus in der Regel einen höheren durchschnittlichen Wohnungsaufwand (ca. 400 Euro monatlich) zu tragen als Nichtberufstätige (knapp 300 Euro monatlich). Selbständige, FacharbeiterInnen, Angestellte und BeamtenInnen, aber auch Familien mit Kindern, die überwiegend in Wohnungen mit 4 Wohnräumen wohnen, hatten durchschnittlich 442 Euro an monatlichen Wohnkosten. ArbeiterInnen und PensionistInnen sowie Ehepaare ohne Kinder, die meist Wohnungen mit 3 Wohnräumen bewohnten, hatten in solchen durchschnittlich 375 Euro an monatlichen Wohnkosten. Und Einpersonenhaushalte, die meist in Wohnungen mit 2 Wohnräumen leben, hatten in solchen Wohnungen durchschnittliche Wohnkosten von 303 Euro monatlich.

Nur rund 99.600 niederösterreichische Wohnungen (13,5%) waren 2001 (laut Gebäude- und Wohnungszählung) im Eigentum einer Gebietskörperschaft oder gemeinnützigen Bauvereinigung und somit einer gewissen sozialen Mietpreisbindung unterworfen.⁹¹ Auch beim Wohnen ist die Bedeutung von Sozialleistungen – etwa der Wohnbauförderung oder von Wohn- und Mietbeihilfen – wichtig zur Senkung der Wohnkosten durch objekt- und subjektfördernde Maßnahmen.

Dennoch: **Für 17% der NiederösterreicherInnen (immerhin 266.000 Menschen) stellten die Wohnkosten zuletzt (2005) eine starke Belastung dar.** Damit liegt Niederösterreich deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 14% und erreicht (nach dem Burgenland) den zweithöchsten Wert.⁹²

⁸⁹ www.statistik.at: Entgeltlich bewohnte Wohnungen

⁹⁰ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, S.203-224

⁹¹ Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Hauptergebnisse Niederösterreich, S.119

⁹² Statistik Austria: EU-SILC 2005. S.123

Das Kostenniveau ist vor allem für neu auf den Wohnungsmarkt tretende Personen belastend. Der Immobilienpreisspiegel 2006 weist für Niederösterreich durchschnittliche Mieten bei einer Neuvermietung zwischen 2,70 und 6,40 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert und 3,50 bis 7,60 Euro/m² bei gutem Wohnwert auf – zuzüglich Betriebskosten, Heizung, Warmwasser und Strom. Die Kosten einer gebrauchten Eigentumswohnung betragen zwischen 425 und 1.013 Euro/m² bei einfachem Wohnwert und 565 bis 1.269 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert, neue Eigentumswohnungen waren 2005 nicht unter 1.000 Euro/m² zu bekommen.⁹³

Innerhalb von Niederösterreich gibt es also deutliche Schwankungen der Wohnkosten. Vor allem urbane Gebiete wie Wien-Umgebung oder Mödling, aber auch Baden, Tulln und St. Pölten zählen zu den teuren Gegenden. Eher abgelegene Gebiete, vor allem im Waldviertel, sind dagegen bei den Wohnkosten relativ günstig. Dafür ist im Gegenzug ein Auto für alltägliche Beschaffungen oder den Weg in die Arbeit beinahe unumgänglich, da die Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur mühsam oder gar nicht zu bewältigen sind.

Verschuldung erhöht Armutsgefährdung stark

Weder der Sozialbericht noch die Daten von EU-SILC geben Auskunft über die zunehmenden Ver- und Überschuldung privater Haushalte. Faktum ist allerdings, dass mit Privatkonkursen und Lohnpfändungen der finanzielle Spielraum von Haushalten enorm eingeschränkt wird.

Die Überschuldung privater Haushalte stellt auch in Niederösterreich ein immer größeres Problem dar: 2006 wurden in Niederösterreich 656 Privatkonkurse eröffnet mit einer durchschnittlichen Verschuldung von über 161.400 Euro. Niederösterreich liegt mit der Verschuldung privater Haushalte mit einer Gesamtverschuldung von 105,9 Mio. Euro im österreichischen Mittelfeld (Platz 5), hat aber eine über dem Durchschnitt (130.000 Euro) liegende Verschuldung pro Fall. Im Vergleich zu 2005 hat sich die Zahl der Privatkonkurse weiter erhöht.⁹⁴

Hauptgründe für private Überschuldung sind bei jüngeren Menschen das Handy, Konsumzwang, Kontoüberziehungen und Umschuldungen sowie mangelhaftes Wissen um den richtigen Umgang mit Geld. Bei Erwachsenen sind es häufig ehemalige Selbstständigkeit, eine Scheidung oder Trennung, die Übernahme von Bürgschaften sowie Hausbau bzw. Haus- oder Wohnungskauf.

⁹³ Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2006

⁹⁴ Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2006, S.20

Die weitaus größten Gläubiger sind die Banken. Konsumkredite werden auch deshalb so stark beworben, weil für die Banken in Österreich die Möglichkeit der rigorosen Eintreibung der Schulden durch Lohnpfändung besteht. In einigen EU-Staaten sind derartige Gehaltspfändungen entweder überhaupt nicht vorgesehen oder nur dann möglich, wenn es sich dabei um Unterhaltsschulden oder um Forderungen des Staates (z.B. Steuerforderungen) handelt. Diese fehlende Möglichkeit für Gehaltspfändungen seitens kommerzieller Gläubiger hat in diesen Ländern zur Folge, dass bei der Vergabe von Krediten viel vorsichtiger vorgegangen wird.

Armut ist ein Gesundheitsrisiko

Ärmere Menschen sind statistisch gesehen häufiger krank, woraus auch eine deutlich niedrigere Lebenserwartung resultiert. Bestimmte Erkrankungen (wie Arthritis, Bronchitis, Magen-Darm- und Herzerkrankungen, physische Beeinträchtigungen, Zahnverlust) treten bei ärmeren Personen häufiger auf. Ärmere nehmen Fachärzte weniger oft in Anspruch und werden früher und häufiger pflegebedürftig. Arbeitslose leiden häufiger an psychosomatischen Beschwerden wie Schlaflosigkeit, depressiven Symptomen, Ängsten und Magen-Darmstörungen und weisen einen erhöhten Suchtmittelkonsum auf. Alleinerzieherinnen haben doppelt so oft einen schlechten allgemeinen Gesundheitszustand, doppelt so oft zwei oder mehrere chronische Krankheiten bzw. Depressionssymptome als Mütter in Partnerschaften. Umgekehrt haben Kranke weniger Chancen am Arbeitsmarkt.⁹⁵ In Niederösterreich leiden 35% der Personen mit niedrigem Einkommen unter zumindest einer chronischen Erkrankung, in Haushalten mit mittlerem oder hohem Einkommen sind es hingegen lediglich 22%.⁹⁶

Auswertungen der EU-SILC Erhebung für Niederösterreich haben außerdem ergeben, dass 75% der Personen in Haushalten mit hohem Erwerbseinkommen (über 200% des Medianeinkommens) ihren allgemeinen Gesundheitszustand als gut einschätzen, während dies nur 62% der Personen mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle angeben. 10% dieser Personen schätzen ihren Gesundheitszustand sogar als schlecht oder sehr schlecht ein.⁹⁷ Niedriges Einkommen hat auch Auswirkungen auf die Zufriedenheit im Leben. 81% der Personen in Haushalten mit hohem Einkommen geben an, weitgehend zufrieden mit ihrem Leben zu sein, in armutsgefährdeten Haushalten geben dies nicht einmal 60% an. Von ihnen bezeichnen sich sogar 4% als sehr unzufrieden mit ihrem Leben, was bei hohen und mittleren Einkommen praktisch nicht vorkommt.⁹⁸ Bezüglich der

⁹⁵ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

⁹⁶ Eigene Auswertungen, Chi-Quadrat Test – Sign.: 0,000

⁹⁷ Eigene Auswertungen, Chi-Quadrat Test – Sign.: 0,007

⁹⁸ Eigene Auswertungen, Chi-Quadrat Test – Sign.: 0,000

Lebenszufriedenheit zeigt sich erwartungsgemäß auch ein deutlicher Unterschied zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Während 78% der erwerbstätigen NiederösterreicherInnen mit ihrem Leben weitgehend zufrieden sind (nur 43% der Arbeitslosen), sind 13% der Arbeitslosen mit ihrem Leben unzufrieden.⁹⁹

Neben dem Einkommen ist Bildung der wichtigste Faktor der sich auf die Gesundheit der Menschen auswirkt. Dies wird auch bei der Auswertung des niederösterreichischen Datenmaterials deutlich. Von Personen, die als höchsten Bildungsabschluss AHS oder BHS Maturus oder höher angeben, bezeichnen 86% ihren Gesundheitszustand als gut, während nur 53% der PflichtschulabsolventInnen das angeben. 14% von ihnen würden ihren Gesundheitszustand als schlecht bezeichnen, während dies nur 2% der Personen in den beiden höchsten Bildungsstufen angeben.¹⁰⁰

Menschen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss haben ein um 50 bis 100% höheres Sterberisiko als HochschulabsolventInnen.¹⁰¹ Wichtig für die Gesundheit ist auch die Qualität der Wohnverhältnisse: 32% der Armen leben in Wohnungen mit undichtem Dach, Schimmel oder feuchten Wänden. Ein Fünftel verfügt über keine angemessene Heizmöglichkeit. Bei Kindern von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern treten überproportional asthmatische Erscheinungen auf. Menschen mit geringerem Bildungsgrad beurteilen (wohl zu Recht) ihren Gesundheitszustand signifikant schlechter als Menschen mit höherer Bildung.¹⁰²

Kinder sind von Armut besonders betroffen, weil sie ihre körperliche, geistige, emotionale und soziale Entwicklung einschränkt. Ihre oftmals beeinträchtigte Leistungsfähigkeit und psychische Ausgeglichenheit vermindern ihre Teilhabechancen und berühren den gesamten Prozess des Aufwachsens. Kinder in armen Haushalten neigen zu Übergewicht: Auf den Tisch kommen vorwiegend süße, sättigende Speisen und fettreiche Fertiggerichte. Bei Jugendlichen aus niederen sozialen Schichten zeigt sich auch erhöhter Nikotin- und Alkoholkonsum.¹⁰³ Kinder werden vor allem von Alleinerzieherinnen in die Schule geschickt, auch wenn sie krank sind – denn sie fürchten um ihren Arbeitsplatz bei häufigem Fehlen und Pflegeurlaub. Auch die Säuglingssterblichkeit ist bei Einkommensschwächeren höher als Einkommensstarken. Eine Befragung von 3.328 SchülerInnen (im Alter von 11 bis 15 Jahren) ergab, dass bei Unterschicht-Kindern häufiger Kopfschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit auftreten.

⁹⁹ Eigene Auswertungen, Chi-Quadrat Test – Sign.: 0,000

¹⁰⁰ Eigene Auswertungen, Chi-Quadrat Test – Sign.: 0,000

¹⁰¹ G. Doblhammer-Reiter: Soziale Ungleichheit vor dem Tod

¹⁰² Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 125

¹⁰³ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument

Die allgemeine Wirtschaftspolitik und -entwicklung, die Lohn- und Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, die öffentliche Haushaltspolitik, das Geschlecht, die Zinspolitik, Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Spekulation mit Vermögen bewirken und verstärken Unterschiede in den Einkommen und Vermögen der Bevölkerung und fördern das Entstehen von Armut und Reichtum.

In ganz besonderem Maße tut dies aber die Steuerpolitik. Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Niederösterreich.

1. Besteuerung von Einkommen

Bei der Besteuerung von Einkommen unterscheidet das österreichische Steuerrecht im Wesentlichen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Die Besteuerung der natürlichen Personen ist im Einkommensteuergesetz geregelt, die Besteuerung der juristischen Personen im Körperschaftsteuergesetz.

Einer unbeschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung. Steuermindernd wirken *Sonderausgaben*, *Außergewöhnliche Belastungen* und *Werbungskosten*. Steuerfreie Einkommen sind sehr häufig die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen wie etwa Leistungen aus öffentlichen Mitteln (v.a. Sozialleistungen) und auch bestimmte Teile von Arbeitnehmereinkünften, die der Lohnsteuer unterliegen.

Für Einkommen gilt in der Regel eine jährliche Erklärung der Einkünfte in einer Einkommensteuererklärung. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer in Form der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber einbehalten bzw. an die Finanzbehörde abgeführt.

In **Niederösterreich** mussten zuletzt (2005) von den 701.938 Arbeitnehmereinkommen 559.976 (80%) aufgrund des Erreichens einer bestimmten Einkommenshöhe Lohnsteuer bezahlen. Vom durchschnittlichen zu versteuernden Einkommen von 22.606 Euro pro Jahr wurden 4.003 Euro (oder **17,7%**) als **Lohnsteuer** einbehalten. Insgesamt betrugen die Arbeitnehmereinkünfte in Niederösterreich im Jahr 2005 18,76 Mrd. Euro, von denen etwa

2,81 Mrd. Euro als Lohnsteuer einbehalten wurden.¹⁰⁴ Im Jahr 2001 waren es 16,94 Mrd. Euro bzw. 2,54 Mrd. Euro Lohnsteuern.¹⁰⁵

Die 380.511 Pensionen in **Niederösterreich** (durchschnittliche Höhe 16.988 Euro brutto jährlich) wurden 2005 mit durchschnittlich **12,4%** (2.113 Euro) **Lohnsteuer** besteuert. Insgesamt betragen die Pensionen in NÖ im Jahr 2005 brutto 6,83 Mrd. Euro, von denen 804 Mio. Euro an Lohnsteuer einbehalten wurden.¹⁰⁶ Im Jahr 2001 waren es 6 Mrd. Euro bzw. 736 Mio. Euro an Lohnsteuer.¹⁰⁷

140.348 Personen wiesen in **Niederösterreich** zuletzt (2004) einkommensteuerpflichtige Einkünfte von zusammen 3,65 Mrd. Euro aus, von denen 1,15 Mrd. Euro an Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen waren.¹⁰⁸ Sie mussten im Jahr 2004 von ihren steuerpflichtigen Einkünften in Höhe von durchschnittlich 26.034 Euro durchschnittlich **31,6%** (8.226 Euro) an **Lohn- und Einkommensteuer** bezahlen (zum Vergleich: 2001 waren es durchschnittlich 25.869 Euro bzw. 32,1 % oder 8.305 Euro). Von diesen 140.348 Personen (2001: 130.024) waren 50.514 (2001: 44.967) ausschließlich selbständig erwerbstätig, 89.834 (2001: 85.057) hatten auch Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit.

Nicht-natürliche, also juristische Personen zahlen für ihre Einkommen Körperschaftsteuer. Einer unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht unterliegen im Wesentlichen Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Vereine, Anstalten, Stiftungen, andere Zweckvermögen und sonstige juristische Personen des privaten Rechts. Von der Körperschaftsteuer befreit sind v.a. öffentliche und gemeinnützige Unternehmungen und Vereinigungen, Pensions- und Unterstützungskassen, land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften, kollektivvertragsfähige Berufsvereinigungen und auch Privatstiftungen, für die es im Körperschaftssteuergesetz sogar ausführliche „Sondervorschriften“¹⁰⁹ gibt. Es dürfen zahlreiche Betriebsausgaben steuermindernd geltend gemacht werden. Die Körperschaftsteuer ist im Gegensatz zur Einkommensteuer nicht progressiv gestaltet. Der Steuersatz betrug bis 2004 34%, seit 2005 nur mehr 25%. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz 2007 mit 5,5 Mrd. Euro veranschlagt.

Von den zuletzt (2002) 14.356 „Veranlagungsfällen“ in **Niederösterreich** waren 7.864 Unternehmen (oder 55%) „Steuerfälle“, die Gewinne auswiesen, 45% (oder 6.492) dagegen wiesen gegenüber der Finanz Verluste aus.¹¹⁰ Die Steuerfälle wiesen zusammen ein zu

¹⁰⁴ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.158

¹⁰⁵ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2001, S. 142 f.

¹⁰⁶ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.169

¹⁰⁷ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2001, S. 162 f.

¹⁰⁸ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2004, S. 62 f.

¹⁰⁹ Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. 80/2003 § 13

¹¹⁰ Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2002, S.46 und 122

versteuerndes Einkommen von 1,9 Mrd. Euro (= durchschnittlich 247.143 Euro pro Betrieb) auf, von dem etwa 526 Mio. Euro (**28%**) an **Körperschaftssteuer** (= durchschnittlich etwa 66.900 Euro pro Unternehmen) zu zahlen waren. 45% aller niederösterreichischen Unternehmen (6.492) hatten kein zu versteuerndes Einkommen ausgewiesen und lediglich knapp 10,1 Mio. Euro an Mindestkörperschaftssteuer zu zahlen. Noch zwei Jahre zuvor (2000) – im einem Jahr wirtschaftlicher Konjunktur - waren nur 36% der niederösterreichischen Unternehmen Steuerfälle, die allerdings Gewinne von durchschnittlich 265.037 Euro auswiesen und davon 34% (oder 90.453 Euro pro Unternehmen) an Körperschaftssteuer zahlten.¹¹¹

Durchschnittliche steuerliche Belastung von Einkommen in Niederösterreich

Art der Einkünfte	Letzte Erhebung	Durchschnittliche Höhe des zu versteuernden Einkommens in Euro pro Fall und Jahr	Steuer in %
Pension	2005	16.988	12,4%
Arbeitnehmereinkommen	2005	22.606	17,7%
Kapitaleinkünfte			25,0%
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	2004	26.034	31,6%
Gewinn aus unternehmerischer Tätigkeit	2002	195.187	28,0%

Bei Einkünften aus inländischen Kapitalvermögen sind 25% von natürlichen wie auch juristischen Personen als Kapitalertragsteuer abzuführen. Auch die Kapitalertragssteuer ist im Einkommensteuergesetz geregelt. Bei natürlichen Personen wird die Kapitalertragsteuer auf Einkünfte wie Bankzinsen, Dividenden, Bezüge aus Wertpapieren durch die kontoführende Bank einbehalten und an die Finanzbehörde abgeführt (Prinzip des „Quellensteuerabzuges“). Juristische Personen wie Unternehmen haben beispielsweise für Gewinnausschüttungen, Privatstiftungen für Zuwendungen an begünstigte Personen Kapitalertragsteuer zu bezahlen.

Natürliche Personen werden in Österreich 2007 an Lohnsteuer voraussichtlich 19,0 Mrd. Euro, an Einkommensteuer mit 2,7 Mrd. Euro und an Kapitalertragsteuer für Zinsen mit 1,5 Mrd. Euro bezahlen. Das sind zusammen 23,2 Mrd. Euro. Juristische Personen werden 2007 voraussichtlich 5,5 Mrd. Euro an Körperschaftssteuer und weitere 900 Mio. Euro an Kapitalertragssteuer bezahlen, das sind zusammen 6,4 Mrd. Euro.

Das System der Einkommensbesteuerung ist in Österreich grundsätzlich progressiv gestaltet: je höher das Einkommen, umso höher der Prozentsatz, der als Einkommen- oder Lohnsteuer abgeführt werden muss (bis zu 50%). Diese Tarifstaffelung ist für die Einkommen- und Lohnsteuer gleich. Das progressive Prinzip gilt allerdings nicht bei der Kapitalertragsteuer, wo ein einheitlicher Steuersatz von 25% gilt. Und es gilt nicht bei der

¹¹¹ Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2000, S.46 und 120

Körperschaftsteuer, wo ebenfalls seit 2005 einheitlich 25% vom Gewinn zu zahlen ist. Das Steuerrecht in Österreich besteuert also Einkommen in sehr unterschiedlicher Weise. Eine in Österreich zeitweise diskutierte einheitliche Einkommensbesteuerung („flat tax“ in Höhe von 25%) würde tendenziell zu einer Erhöhung der Besteuerung der Einkünfte von ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen, aber zu einer Senkung der Steuern für Selbständige und Unternehmen führen.

2. Besteuerung der Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch)

Die Einkommensverwendung wird durch die Umsatzsteuer, Verkehrs- und Verbrauchsteuern besteuert.

Die Umsatzsteuer wurde in der heutigen Form 1973 als „Mehrwertsteuer“ eingeführt. Sie ist mit einem veranschlagten Ertrag von 20,9 Mrd. Euro 2007 die ertragreichste Steuer in Österreich. Die Steuersätze sind für bestimmte Waren- und Leistungsgruppen festgelegt. Zwischen 1978 und 1994 bestand in Österreich eine Sonderform der Umsatzsteuer, die „Luxussteuer“, eine Umsatzsteuer auf wertvolle Gegenstände wie Autos, Schmuck, Teppiche, Pelzmäntel, Antiquitäten usw. in Höhe von zunächst 30%, ab 1984 32%. Mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wurde sie abgeschafft.

Verbrauchssteuern zählen zu den ältesten Formen der Besteuerung. Zu ihnen zählen die Tabak-, Bier-, Mineralöl- und Alkoholsteuer. Die Steuersätze sind für bestimmte Verbrauchsmengen festgelegt. Ihr Gesamtertrag wurde für 2007 mit 5,36 Mrd. Euro veranschlagt, wobei die Mineralölsteuer (mit 3,65 Mrd. Euro) und die Tabaksteuer (mit 1,4 Mrd. Euro) für den Großteil der Einnahmen sorgen sollen.

Verkehrssteuern besteuern den Verbrauch (wie die Energieabgabe), spezielle Umsätze (wie Versicherungsverträge, Wetteinsätze, Werbemaßnahmen), vor allem aber den Erwerb und Betrieb von Kraftfahrzeugen. Die wichtigsten Verkehrssteuern sind die motorbezogene Versicherungssteuer, die Versicherungssteuer, die Energieabgabe, die Normverbrauchsabgabe, die Spielbankabgabe und die Konzessionsabgabe. Der Gesamtertrag dieser Verkehrssteuern wurde für 2007 mit 5,08 Mrd. Euro veranschlagt.

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern machen mit zusammen 31,3 Mrd. Euro im Jahr 2007 fast 50% der veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes aus. Sie nehmen auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen kaum Rücksicht. Progressive Elemente sind nur in ganz wenigen Steuern vorhanden (vor allem bei den Kfz-Steuern, allerdings aus ökologischen Gründen). Es gibt auch nur wenige Ausnahmen von dieser Steuerpflicht. Indirekte Steuern belasten daher kleine Einkommen relativ stärker als höhere Einkommen. Es wird lediglich eine „aufwendigere Lebensweise“ stärker besteuert als ein sparsamere, zu der Einkommensschwächere aber ohnehin gezwungen sind.

Ausgehend davon, dass die Verbrauchsausgaben in **Niederösterreich** zuletzt (2004/05)¹¹² um 3,8% über dem österreichischen Durchschnitt lagen, kann angenommen werden, dass die niederösterreichische Bevölkerung heuer **etwa 6,2 Mrd. Euro an Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern** bezahlen wird. Das sind durchschnittlich etwas mehr als 3.900 Euro pro Kopf und Jahr bzw. etwas weniger als 10.000 Euro pro Haushalt und Jahr bzw. pro Kopf 326 Euro und pro Haushalt 815 Euro monatlich.

3. Besteuerung von Vermögen

Die Besteuerung von Vermögen war historisch meist die Hauptsteuer, eine direkte Steuer auf Eigentum an Sachgütern und wirtschaftlich verwertbaren Rechten, die entweder direkt die Vermögenssubstanz oder nur den Vermögensertrag (Zinsen, Mieten, Dividenden) oder auch den Vermögensverkehr besteuert hat. Dem ist heute nicht mehr so. Sie machen 2007 nur mehr 5% der gesamten Steuereinnahmen des Finanzministers aus.

Besteuerung von Geldvermögen

„Österreich ist ein Steuerparadies für Reiche“ und „ein guter Platz für Reiche, die ungern Steuer zahlen“ titelten Österreichs Tageszeitungen, als im Frühjahr 2003 ein Studie der *Hypo Investmentbank Liechtenstein* veröffentlicht wurde, welche Österreich als „*steueroptimalen Wohnsitz*“ für Reiche empfahl.¹¹³

Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer 1994 ist die Kapitalertragsteuer die wichtigste Steuer in Österreich, die am Geldvermögen ansetzt, allerdings nur am Kapitalertrag, also den Einkünften aus dem Kapital, nicht am Kapital selbst. Sie beträgt 25% der Kapitaleinkünfte. Angesichts des Umstandes, dass die Oesterreichische Nationalbank zu Jahresende 2005 Geldvermögen in Österreich von insgesamt 1.674 Mrd. Euro auswies, machte sich der Erlös der Kapitalertragssteuer im Jahr 2005 mit 2,07 Mrd. Euro bescheiden aus. Dies waren gerade einmal 0,12% gemessen an den gesamten Geldvermögen.

Der Erbschafts- und Schenkungssteuer unterlagen bisher sowohl Geld- wie auch andere Sachvermögen. Erwerber eines Geld- oder Sachvermögens durch Schenkung (im Schenkungsfall: auch der Geschenkgeber) unterlagen der Schenkungssteuerpflicht. Erwerb eines Sachvermögens von Todes wegen unterlag der Erbschaftssteuer (bei Geldvermögen gilt die Kapitalertragsteuer als Endbesteuerung). Der Steuersatz war sehr progressiv und betrug 2 bis 60%, je nach Verwandtschaftsverhältnis und Größe des Vermögens. Der für 2007 veranschlagte Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde mit 135 Mio. Euro angesetzt.

¹¹² Statistik Austria: Konsumerhebung 2004/05

¹¹³ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, Vaduz 2003

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer werden 2008 endgültig auslaufen, wenn es zu keiner Gesetzesreparatur kommt, nachdem es der Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig hielt, dass die Einheitswerte als Berechnungsgrundlage dienen, bei anderen Abgaben – wie der Grunderwerbssteuer - aber der wahre Grundstückswert herangezogen wird. In logischer Konsequenz müsste allerdings auch die Grundsteuer geprüft werden.

Besteuerung von Grund und Boden

Der Besitz und der Erwerb von Grund und Boden werden in Österreich besteuert, und auch – zumindest teilweise - die Nichtnutzung. Allerdings ebenfalls in sehr geringem Maße.

Inländischer Grundbesitz wird in Österreich mit der Grundsteuer besteuert, die im Grundsteuergesetz geregelt ist. Für Grundstücke gilt dabei im Wesentlichen eine Steuermesszahl von 0,2% des Einheitswertes, für geringe Einheitswerte etwas weniger, für höhere etwas mehr, bei Einfamilienhäusern mehr, im Mehrgeschosswohnbau weniger. Der Steuermessbetrag wird noch durch einen Hebesatz erhöht, den die Gemeinden bis zu einer gesetzlichen Höchstgrenze festsetzen können, wodurch sich dann der tatsächliche Jahresbetrag ergibt. Durch das Zusammenwirken von Steuermesszahlen und Hebesätzen ergibt somit im Allgemeinen eine Grundsteuer in der Höhe von rund 0,8% des Einheitswertes pro Jahr, wodurch sie „*nicht ins Gewicht fällt*“, wie die Studie der Liechtensteinischen Bank richtigerweise feststellt.¹¹⁴

Ausgenommen von der Grundsteuerpflicht sind im wesentlichen öffentlich und gemeinnützig genutzter Grundbesitz sowie aufgrund landesgesetzlicher Befreiungen vielfach auch der Eigenheimbau. Die letzte Einheitswertfeststellung in Österreich erfolgte zum 1.1.1973. Seither erfolgten drei Einheitswerterhöhungen und seit 1983 nur mehr gesetzliche Anhebungen der Hebesätze.

Der Gemeindefinanzbericht 2005 gab die Erträge aus der Grundsteuer für 2004 mit 430,7 Mio. Euro an.¹¹⁵ Rückgerechnet ergeben sich daraus Einheitswerte für Grund und Boden in Österreich von 53,8 Mrd. Euro. Der tatsächliche Wert liegt aber bei etwa 640 Mrd. Euro, ist also um das Zwölfwache höher.¹¹⁶ Es kann angenommen werden, dass auf **Niederösterreich knapp 100 Mio. Euro** jährliche Grundsteuereinnahmen entfallen.

Die Bodenwertabgabe soll als Zusatzbesteuerung zur Grundsteuer die Spekulation durch Nichtnutzung eindämmen. Bemessungsgrundlage ist ebenfalls der Einheitswert. Die Steuerhöhe beträgt 1% des den Betrag von 14.600 Euro übersteigenden Einheitswertes. Der Finanzminister veranschlagte die Erträge aus der Bodenwertabgabe im Jahr 2007 allerdings mit nur 5 Mio. Euro. Die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben haben diese

¹¹⁴ Hypo Investment Bank, S.14

¹¹⁵ Kommunalkredit, Statistik Austria: Gemeindefinanzbericht 2005

¹¹⁶ Vgl. ÖGPP: „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“

für ihre betrieblich genutzten Flächen zu bezahlen. Sie bemisst sich, da dieses Vermögen vor allem in Form von Grundbesitz besteht, ebenfalls am Messbetrag für die Grundsteuer sowie an ähnlich den Hebesätzen gestalteten, aber bundesgesetzlich einheitlich geregelten Erhöhungsbeträgen (derzeit das Vierfache des Steuermessbetrages), die allerdings seit 1985 unverändert sind. Ihr Ertrag für 2007 wurde vom Finanzminister mit 20 Mio. Euro veranschlagt.

Mit der Grunderwerbsteuer wird in Österreich der Kauf bzw. die Einbringung von Grund und Boden in eine Gesellschaft und dergleichen besteuert. Sie ist eine Verkehrssteuer, besteuert aber eigentlich den Aufbau von Vermögen. Sie wird als einzige Steuer auf Grund und Boden nicht nach dem Einheitswert bemessen, sondern nach „dem Wert der Gegenleistung“, also in der Regel dem Kaufpreis und beträgt im allgemeinen 3,5%, bei Erwerben zwischen nahen Angehörigen nur 2%, zuzüglich 1% Grundbuchseintragungsgebühr. Der für 2007 veranschlagte Ertrag wird vom Finanzminister mit 630 Mio. Euro geschätzt.

Der Ertrag aus der Besteuerung von Grund und Boden beträgt somit in Österreich jährlich knapp 1,1 Mrd. Euro. Gemessen am Grundvermögen in Österreich – 640 Mrd. Euro – beträgt die Grundbesteuerung damit nur etwa 0,2% p.a.

Steuerparadies Privatstiftungen

Ein wahres Steuerparadies sind die Privatstiftungen. Per 1.9.1993 wurden durch einen einstimmigen Beschluss des Nationalrates „Privatstiftungen“ ermöglicht. Bis dahin mussten Stiftungen in Österreich gemeinnützig und mildtätig sein, seither nicht mehr. Mittlerweile wurden – je nach Schätzung – bis zu 2.900 Privatstiftungen gegründet. In diesen sind Vermögen (vor allem Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere und Immobilien) im Wert von – je nach Schätzung (offizielle Zahlen gibt es mit dem Hinweis auf Wahrung der Diskretion nicht) - bis zu 60 Mrd. Euro steuerschonend veranlagt. Auf eine Privatstiftung entfallen damit durchschnittlich Vermögen von etwa 20 Mio. Euro.

„Bei Vermögen von 5 bis 10 Millionen Euro empfiehlt sich im Laufe der Zeit die Errichtung einer österreichischen Privatstiftung“, rät die Studie des Liechtensteinischen Bankhauses, welche deren Vorteile für Reiche in besonderem Maße lobt und beschreibt. Denn *„Der Steuervorteil der Privatstiftung vergrößert sich, wenn der Umfang des Stiftungsvermögens zunimmt“*.¹¹⁷ Während Einkommen aus Arbeit also progressiv besteuert wird, werden Einkommen aus Privatstiftungen in Österreich sogar degressiv besteuert: je mehr Vermögen, desto weniger Steuern sind zu zahlen.

¹¹⁷ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“

Die Beliebtheit der Privatstiftungen erklärt sich aus ihren „*erheblichen steuerlichen Erleichterungen*“.¹¹⁸ Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden. Völlig steuerfrei sind auch alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen sowie Einkünfte aus Kursgewinnen direkt gehaltener Aktien. Auch „*Die Erbschaftssteuervorteile der österreichischen Privatstiftung sind beträchtlich*“, meint die Bank-Studie: sie beträgt nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes.¹¹⁹ Nach dem Tod des Stifters fällt auf die Gesamtdauer einer Stiftung – das können bis zu 200 Jahre sein – keinerlei weitere Erbschaftssteuer mehr an. Hat schon die Steuerreform 2005 die Steuerprivilegien der Privatstiftungen in Österreich vergrößert, so wird dies auch durch den möglichen Wegfall der Schenkungssteuer geschehen. Denn damit könnten Vermögen künftig völlig steuerfrei in Stiftungen eingebracht werden. Die Privatstiftungen haben daher den Reichtum in Österreich vergrößert.

Für die Gründung einer Privatstiftung sind meist sehr persönliche Motive ausschlaggebend: Sehr oft wird als „Stiftungszweck“ schlicht die Versorgung des Stifters oder seiner Nachkommen angegeben. Ein anderes beliebtes Motiv ist, Erbstreitereien unter Nachkommen zu verhindern und das Vermögen vor dem Zugriff von Gläubigern und der Finanz zu schützen. Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel, große Unternehmerfamilien, Medienzare und Politikerfamilien, weshalb es auch keine öffentliche Diskussion über die Abschaffung dieser Steuerprivilegien gibt.

4. Steuerrückstände und Steuerhinterziehung

Ende 2004 betragen die Steuerrückstände der Selbständigen und Unternehmen (bei der Umsatz-, Einkommen-, Lohn- und Körperschaftssteuer) nach Angaben des Finanzministeriums etwa 2,494 Mrd. Euro.¹²⁰ Vorgeschriebene Steuern mit Verzögerung zu bezahlen hat seine Ursache häufig in Liquiditätsproblemen. Sie aber überhaupt nicht zahlen zu wollen, ist eine Möglichkeit, individuelles Einkommen und Vermögen auf riskante und illegale Weise zu erhöhen. Dass Steuerhinterziehung in Österreich ein Problem ist, bewies die Debatte um eine „Steueramnestie“ im Zuge der Steuerreform 2005. Im Jahr 2001 wurden durch Umsatzsteuer-Sonderprüfungen 1,34 Mrd. Euro an hinterzogenen Steuern entdeckt, wobei das Finanzministerium die hinterzogene Summe damals auf 3 bis 5 Mrd. Euro schätzte.¹²¹ Die alljährliche Schätzung der Schwarzarbeit in Österreich durch den Linzer Universitätsprofessor Friedrich Schneider ergab für heuer einen Betrag von 21,1 Mrd. Euro,

¹¹⁸ wie oben, S.11

¹¹⁹ wie oben, S.16

¹²⁰ APA0265, 25.8.2005

¹²¹ APA0386, 20.3.2002

wodurch dem Staat etwa 5 Mrd. Euro an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen entgehen würden.¹²²

5. Zusammenfassung

Es ist festzustellen: Erwerbseinkommen haben im Wege von Steuern und Sozialabgaben ungleich höhere Beiträge zum Allgemeinwohl zu leisten als Vermögen. Die Höhe der Einkommen und ihrer Besteuerung entscheidet allerdings wesentlich über die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Ist Vermögen einmal vorhanden oder gebildet, entzieht es sich in Österreich fast vollständig steuerlicher Beiträge zum Allgemeinwohl. Die Steuerlasten liegen einseitig auf den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung. 93% der Steuern des Bundes kommen in Österreich von den Einkommen und ihrer Verwendung, nur 5% von den Vermögen.

Gegenüber 1994 (2,6 Mrd. Euro) ist der Ertrag aus den Vermögenssteuern in Österreich für den Finanzminister im Jahr 2007 lediglich um 0,7 Mrd. (auf 3,3 Mrd.) Euro bzw. 27% gestiegen. Der Anteil der Vermögenssteuern an den Steuereinnahmen des Bundes ist von 7 auf 5% zurückgegangen.

Die Lohnsteuer ist im gleichen Zeitraum dagegen um 9,2 Mrd. Euro oder 94% auf 19 Mrd. Euro gestiegen, die „Unternehmenssteuern“ Einkommen- und Körperschaftssteuer sind um knapp 4,4 Mrd. Euro oder 114% auf 8,2 Mrd. Euro gestiegen. Insgesamt tragen Steuern auf Arbeit (Lohn-, Einkommen-, Körperschaftsteuer) 2007 mit zusammen 27,2 Mrd. Euro bereits 43% zu den Steuereinnahmen des Finanzministers (63,2 Mrd. Euro) bei (1994 waren es noch knapp 35%).

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern sind sogar seit 1994 um 12,5 Mrd. (auf 31,3 Mrd.) Euro bzw. 56% gestiegen. Sie tragen heuer knapp 50% bei (1994 waren es noch 55%).

In der Steuerstruktur Österreichs hat sich somit eine deutliche Verschiebung ergeben: Steuern auf Erwerbseinkommen tragen einen deutlich wachsenden Anteil aller Steuern bei. Der Anteil der indirekten Steuern (Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern) ist nach wie vor sehr hoch, aber rückläufig. Bereits sehr gering aber trotzdem rückläufig ist der Anteil der Vermögenssteuern.

¹²² APA0428, 15.12.2003

Reichtum nimmt auch in Niederösterreich zu

Was ist „Reichtum“? Während heute in Europa relativ einheitliche Definitionen existieren, wann Armutsgefährdung beginnt und was Armut ist, gibt es solche Definitionen für Reichtum noch kaum.

Beim Versuch einer Definition von „Reichtum“ haben auch die umfangreichen Arbeiten zum 2. deutschen Armuts- und Reichtumsbericht (2004/2005) zu keinem Ergebnis geführt. *„Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen konkret sein soll; noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht. Auch bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite insbesondere hinsichtlich nicht-monetärer Reichtumsdimensionen. Dies gilt etwa für die Analyse „vererbter Chancen“ und gesellschaftlicher Hierarchien in der intergenerationalen Perspektive sowie der gesellschaftlichen Bedeutung der Funktion von „Eliten“. Ein Konsens über eine eindeutige konkrete begriffliche Bestimmung „privilegierter Lebenslagen“ in der Wissenschaft existiert nicht. (...) Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vererbung von Ressourcen, speziell von Vermögen, aber auch die unterschiedliche Ausstattung mit sozialem oder kulturellem Kapital, das Vorhandensein persönlicher Netzwerke und der Zugang zu karriererelevanten Informationen sowie Aspekte des Habitus, z. B. Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, hohe Allgemeinbildung usw..¹²³ Im Zusammenhang mit Reichtum und Vermögen werden daher im deutschen Bericht die Fragen hohe Einkommen, Vermögensverteilung, Betriebs-, Gebrauchs-, Human- und Sozialvermögen, Erbschaften und privilegierte Lebenslagen zumindest ansatzweise behandelt.*

Hohe Einkommen

„Bisher ist weder ein allgemein akzeptierter Begriff des Einkommensreichtums noch eine allgemeingültige Einkommenshöhe als Abgrenzung entwickelt worden“, heißt es im deutschen Bericht auch.¹²⁴ Als Menschen *„mit hohem Einkommen“* zählen in Deutschland Personen, die über mehr als das Doppelte (200%) des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (konkret mehr als 32.436 Euro) verfügen (1998 waren das 23% der dt. Bevölkerung). Als willkürliche Grenze eingestuft wurde etwa das Erreichen eines Einkommens von einer Million, dessen Problematik sich bei Umstellung von DM auf Euro zeigte. Ebenso willkürlich sei aber auch, das oberste Einkommensprozent als reich zu bezeichnen, wie es etwa der letzte österreichische Sozialbericht tat.

Wir unternehmen in Anlehnung an den deutschen Bericht den Versuch, Einkommensgrenzen festzusetzen, was im Übrigen ja eine methodische Analogie zur

¹²³ BMAS: Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.61

¹²⁴ BMAS: Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.49

Setzung von Einkommensgrenzen ist, ab denen Armutsgefährdung angenommen wird. Dieser Bericht übernimmt einerseits die deutsche Grenze der 200% des Medianeinkommens, ab der „hohe Einkommen“ beginnen (2004 wären das in Österreich 33.940 Euro verfügbares Nettoeinkommen gewesen). Und er definiert weiters als Einkommensgrenze, ab der „Reichtumswahrscheinlichkeit“ besteht, mit 400% des Medianeinkommens an, das waren 2004 67.880 Euro. Es ist etwa jene Grenze, die zu Zeiten der Schilling-Währung 1 Million Schilling entsprach. Wer so viel netto verdiente oder hatte, galt im allgemeinen Sprachgebrauch als reich, als „Millionär“.

Laut Lohnsteuerstatistik 2005 waren in Niederösterreich im Jahr 2005 zumindest **92.000 (8,5%) aller lohnsteuerpflichtigen Einkommen (Arbeitnehmerentgelte und Pensionen) als hoch einzustufen**.¹²⁵ In Österreich waren es 9%. Diese rd. 92.000 Personen bekamen knapp **27%** der gesamten lohnsteuerpflichtigen Einkommens- und Pensionssumme. **Etwa 11.000 niederösterreichische** ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen darunter konnten sogar als **einkommensreich** bezeichnet werden. Das waren 0,8% der Lohnsteuerpflichtigen (Ö: 0,8%). Sie bekamen zusammen 6,4% aller Einkommen und Pensionen. 93% von ihnen waren ArbeitnehmerInnen, 7% PensionistInnen. **2002** – drei Jahre zuvor - waren in Niederösterreich erst **75.000 (7,1%)** aller lohnsteuerpflichtigen Einkommen als **hoch** zu bezeichnen, die zusammen erst knapp **24 %** aller Arbeitnehmerentgelte und Pensionen bekamen. Etwa **8.500** von ihnen konnten damals als „einkommensreich“ bezeichnet werden.¹²⁶ Das heißt, die **Zahl der Menschen mit hohem Einkommen hat in NÖ innerhalb dieser drei Jahre um etwa 17.000 Personen zugenommen, die Zahl der Einkommensreichen um 2.500. Ihr Einkommen hat um fast 22% oder etwa 1,2 Mrd. Euro zugenommen**, die Einkommen der „Reichen“ darunter sogar um mehr als 27% (oder 350 Mio. Euro). Die durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen stiegen in dieser Zeit in NÖ dagegen nur um 9% brutto, die Pensionen um 10% brutto. Mit anderen Worten: wer schon gut verdiente, dessen Einkommen ist in den letzten Jahren weit stärker gestiegen als das Durchschnittseinkommen.

Die Einkommensteuerstatistik 2004 weist in **Niederösterreich** 2004 etwa **24.000 Personen** aus, die ein **hohes einkommensteuerpflichtiges Jahreseinkommen** hatten.¹²⁷ Das waren knapp 17 % aller rd. 140.000 selbständig (und teilweise zusätzlich unselbständig) Erwerbstätigen. Sie vereinigten fast 59% (2,15 Mrd. Euro) aller einkommensteuerpflichtigen Einkommen (3,65 Mrd. Euro) auf sich. 5.300 (insg. 3,8%) von ihnen konnten als einkommensreich bezeichnet werden. Sie vereinigten auf sich 28% der zu versteuernden Einkommen (mehr als 1 Mrd. Euro). Die Zahl der Menschen mit hohem

¹²⁵ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S. 158 und 169, eigene Berechnung

¹²⁶ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S. 140 und 150

¹²⁷ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2004, S. 112

einkommensteuerpflichtigen Einkommen hat sich in NÖ gegenüber 2001 um etwa 2.500 Personen erhöht. Ihre Einkommen sind um rd. 9,5% gestiegen und damit deutlich geringer als die hohen Einkommen Unselbständiger.¹²⁸

Berufsgruppen, die nicht nur hohe Einkommen erreichen, sondern unter denen Einkommensreiche häufig anzutreffen sind, sind Angestellte in führender Tätigkeit (Geschäftsleiter, Geschäftsbereichsleiter), öffentlich Bedienstete mit hochqualifizierter oder führender Tätigkeit, vor allem auch Ärzte (vor allem die Fachärzte), Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von gesetzgebenden Körperschaften. Männer sind in diesen Einkommensgruppen weit stärker vertreten als Frauen.

Große Geldvermögen

Eine weitere interessante Quelle, die konkrete Hinweise über Reichtum gibt, ist der jährlich erscheinende „World Wealth Report“ von *Cap Gemini Ernst & Young und Merrill Lynch*. Er konzentriert sich allerdings nicht auf die laufenden Einkommen, sondern auf die vorhandenen Geldvermögen. Und er weist für Österreich im Jahr 2005 rund 67.700 Dollar-MillionärInnen aus, also Menschen, die Geldvermögen von jeweils mehr als 1 Mio. Dollar (ca. 740.000 Euro) besaßen. Das waren etwa 0,8% der Bevölkerung Österreichs.¹²⁹

Umgelegt auf **Niederösterreich** (19% der öst. Bevölkerung) würde das **etwa 12.800 „Dollar-Millionäre“**, solche sogenannte „High Net Worth Individuals“ bedeuten. Der Report geht davon aus, dass ihre Zahl von 2005 bis 2010 in Europa um knapp 20% zunehmen wird. Mehr als in anderen Kontinenten entsteht in Europa dieser Reichtum (zu 50%) durch den Besitz oder Verkauf von Unternehmen, zu 19% durch ein Erbe, zu 13% durch Einkommen, zu 10% durch erfolgreiche Investitionen. In Österreich dürften 70% des Reichtums in Unternehmensbeteiligungen angelegt sein, 20% in Immobilien und knapp 10% in Finanzanlagen.¹³⁰

Wenn sich die Situation in Niederösterreich nicht wesentlich von der österreichischen und europäischen unterscheidet, so hatten diese rd. 12.800 NiederösterreicherInnen 2005 also **Geldvermögen von durchschnittlich 2,8 Mio. Euro bzw. zusammen etwa 36 Mrd. Euro**. Das war fast als doppelt so viel als sämtliche niederösterreichische ArbeitnehmerInnen 2005 brutto verdienten. Wenn die Prognosen des Reports eintreffen, wird sich die Zahl dieser reichen NiederösterreicherInnen bis 2010 auf etwa 15.400 erhöhen und ihr Geldvermögen wird auf etwa 43 Mrd. Euro ansteigen.

¹²⁸ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2001, S. 104

¹²⁹ www.at.capgemini.com

¹³⁰ Zuletzt TREND, 1.7.2007, S.74

Das österreichische Wirtschaftsmagazin TREND¹³¹ gibt diesen Reichen seit einigen Jahren konkrete Namen. Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befanden und befinden sich etliche NiederösterreicherInnen: darin scheinen bekannte Namen wie Frank Stronach, Thomas Prinzhorn, die Dujsik Erben, die Familien Leiner, Essl oder Habsburg-Lothringen auf.

Die reichsten NiederösterreicherInnen (geschätztes Vermögen in Euro)¹³²

Name	Platz	Vermögen	Firmensitz/Wohnort	Firma
Graf, Johann	Platz 12	2 Milliarden Euro	Gumpoldskirchen	Novomatic
Stronach, Frank	Platz 15	1,5 Milliarden Euro	Oberwaltersdorf	Magna Holding AG
Prinzhorn, Thomas	Platz 21	1,2 Milliarden Euro	Pitten	W. Hamburger Holding GmbH
			Oberwaltersdorf	Prinzhorn Holding GmbH
Dujcik Erben	Platz 23	1,2 Milliarden Euro	Vösendorf	SCS
Leiner, Rudolf und Familie	Platz 30	750 Millionen Euro	St. Pölten	Leiner, Kika
Schweighofer, Gerald	Platz 34	600 Millionen Euro	Ybbs	Holzindustrie Schweighofer
Fries, Rudolf	Platz 44	400 Millionen Euro	Kaumberg	Fries Familien-Privatstiftung
Essl, Karlheinz & Familie	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Klosterneuburg	Baumax
Grupp, Cornelius	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Markt	Neuman-Gruppe
Habsburg-Lothringen, Familie	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Schloss Persenbeug	Habsburg-Stiftung
Hoyos, Hans & Familie	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Schloss Rosenberg, Horn, Drosenburg	
Huemer, Angelika	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Weissenbach	Starlinger Group
Umdasch, Hilde & Familie	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Amstetten	Umdasch AG
Zimmermann, Norbert	Platz 51 und 100	100 bis 300 Mio Euro	Berndorf	Berndorf AG

Betriebsvermögen der Wirtschaft

Wirtschaftsbranchen, die mit Sachvermögen (vor allem Grundstücken, Gebäuden und Maschinen) als Erwerbsvermögen tätig sind, sind vor allem die Sachgütererzeugung, der Handel, das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, das Realitätenwesen, aber auch zahlreiche Dienstleistungsbranchen.

Zur Sachvermögensbildung investierte die niederösterreichische Wirtschaft 2004 brutto 7,6 Mrd. Euro.¹³³ Solche Investitionen umfassen Nutztiere und Nutzpflanzungen, Bauten,

¹³¹ TREND, 1.7.2004 und 1.7.2007

¹³² Privatstiftungen: Quellen: Kreditschutzverband, Kreditforum Österreich, Hoppenstedt

¹³³ vgl. Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Ausrüstungen (wie Fahrzeuge, Maschinen und Einrichtungen) sowie immaterielle Anlagegüter (wie Computerprogramme oder Urheberrechte).

Immobilien, die betrieblichen Zwecken dienen, sind vor allem Hotels und Beherbergungsbetriebe, Bürogebäude, Groß- und Einzelhandelsgebäude, gewerbliche Garagen, Industrie- und Lagergebäude, Bergbau- und Förderanlagen, Wohnhäuser sowie landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Niederösterreich 66.510 Gebäude, die überwiegend wirtschaftlichen Zwecken (Werkstätten, Industrie- und Lagerhallen, Hotels und Gasthäuser, Bürogebäude usw.) dienen. Zum Betriebsvermögen sind auch Grundflächen zu zählen, die der Bodenbewirtschaftung (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden usw.) oder als Lager- und Verkehrsflächen dienen. Unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer in ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer“ ergibt sich ein Gebäudewert von knapp 8,5 Mrd. Euro.¹³⁴

Die Häuser- und Wohnungszählung 2001 weist für NÖ außerdem 12.382 Wohnungen aus, die im Eigentum von Unternehmen standen und primär der Erzielung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen dienen. Wiederum unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer gab sich ein Gebäudewert von etwa 330 Mio. Euro.¹³⁵

Die Einheitswertstatistik 1989 war die letzte ihrer Art, weil sie vor allem der Vermögensbesteuerung diente und diese 1994 abgeschafft wurde, sodass aktuellere Bewertungen des Sachvermögens der Gewerbe- und Industriebetriebe Österreichs – insbesondere der beweglichen Wirtschaftsgüter wie Maschinen und Geräte - nur annäherungsweise möglich sind.

Kraftfahrzeuge stellen ein beträchtliches und wichtiges Erwerbsmögen dar. In Niederösterreich waren Ende 2006 167.432 Kraftfahrzeuge registriert, die Erwerbszwecken dienen (als Lkw, Kombi, Zugmaschinen, Anhänger, Arbeitsmaschinen, Pkw zur Güterbeförderung).¹³⁶ Die Land- und Forstwirtschaft war Fahrzeughalter von weiteren 197.425 Fahrzeugen. Legt man wiederum die Bewertungsregeln der AK zugrunde, so haben die landwirtschaftlichen Kfz einen Wert von knapp 1,7 Mrd. Euro, die Kfz der Wirtschaft von zusammen knapp 1,4 Mrd. Euro, zusammen also einen Wert von mehr als 3 Mrd. Euro.¹³⁷ Die Bruttowertschöpfung der niederösterreichischen Wirtschaft betrug 2003 rd. 31,3 Mrd. Euro. Die ertragreichsten Wirtschaftsbereiche waren die Sachgütererzeugung (7,38 Mrd. Euro), das Realitätenwesen, die Vermietung und unternehmensbezogene

¹³⁴ nach dieser Bewertungsmethode ist auch die Arbeiterkammer bei ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich“ 1997 vorgegangen

¹³⁵ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der Arbeiterkammer 1997

¹³⁶ Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.299

¹³⁷ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der AK-Studie 1997

Dienstleistungen (4,03 Mrd. Euro) sowie der Handel und Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern (4,02 Mrd. Euro).¹³⁸

Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen

Ausgehend von einer Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens in Österreich durch die Arbeiterkammer 1997 und unter Heranziehung einer Studie des Marktforschungsinstituts *Kreutzer, Fischer und Partner*¹³⁹ zur Neubewertung von landwirtschaftlichen Flächen, Gebäuden und Betriebsmitteln, ergibt sich für die 17.375 km² land- und forstwirtschaftlichen Gesamtfläche Niederösterreichs ein Wert von etwa 33,5 Mrd. Euro.

Unter Zugrundelegung einer Untersuchung zu den Buchführungsergebnissen der heimischen Landwirtschaft aus 1993 und einer Wertsteigerung um 4,4 % p.a. für land- und forstwirtschaftlichen Flächen ergibt sich aktuell ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Niederösterreich von knapp 23,7 Mrd. Euro.

Die Betriebsmittel umfassen schließlich die Pflanzen- und Viehbestände, Maschinen, Geräte, Vorräte, Geld und landwirtschaftlichen Nebenerwerb durch Gästebeherbergung. Unter Zugrundelegung der allgemeinen Preissteigerung ergibt sich ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmittel in Niederösterreich von derzeit knapp 11 Mrd. Euro.

Einschließlich der Kraftfahrzeuge ist das land- und forstwirtschaftliche Sachvermögen in Niederösterreich ist aktuell mit knapp 70 Mrd. Euro zu bewerten. Es ist zum überwiegenden Teil Erwerbsvermögen, zum geringeren Teil (wie die Wohnungen) Gebrauchsvermögen, zu einem bestimmten Teil aber auch Spekulationsvermögen (in Form von Bauland).

Die Wertschöpfung der niederösterreichischen Land- und Forstwirtschaft betrug zuletzt (2003) 1,2 Mrd. Euro, was 3,8% des BRP betrug.

Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen

Gebrauchsvermögen sind langlebige Güter, die dem Eigenbedarf dienen. Verbrauchsvermögen sind Güter, die noch unmittelbarer der Befriedigung eigener Bedürfnisse dienen wie Hausrat, Möbel oder Bekleidung. Wir konzentrieren uns auf das Gebrauchsvermögen an Wohnungen und Kraftfahrzeuge.

Die Arbeiterkammer konnte bei ihren Schätzungen 1997 auf die Grundwerbstatistik 1993 stützen. Die letzte Grunderwerbsstatistik erschien 1995, sodass heute für eine Bewertung einerseits die Immobilienpreisspiegel als Messgröße und Orientierung herangezogen werden

¹³⁸ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 37.09

¹³⁹ APA0452, 24.2.2004

müssen, bei denen die Verkaufspreise allerdings – je nach Region und Lage – enorm schwanken, andererseits die durchschnittlichen kapitalisierten Mieten und Ertragswerte.

Aus Zahl, Größen und Preisen für gebrauchte Eigentumswohnungen mit mittlerem bis gutem Wohnwert in Niederösterreich errechnen wir unter Berücksichtigung der Zahl der selbstgenutzten Eigentumswohnungen (2001 51.891) bei einer durchschnittlichen Größe von 84,4m² einen durchschnittlichen Wert von 1.172 Euro/m² (im Jahr 2006). Für selbstgenutzte Einfamilienhäuser (2001: 353.554) mit mittlerem bis gutem Wohnwert ergab sich bei einer durchschnittlichen Größe von 119,9m² ein Durchschnittspreis von 1.415 Euro/m² (im Jahr 2006.¹⁴⁰ Daraus ergab sich **2006 ein Gesamtwert der selbstbenützten Eigentumswohnungen in Niederösterreich von etwa 5,1 Mrd. Euro und der selbstbenützten Einfamilienhäuser von etwa 60,0 Mrd. Euro, zusammen demnach etwa 65 Mrd. Euro.**

Ein erhebliches Gesamtvermögen stellen auch die 1.448.580 Kraftfahrzeuge dar, die Ende 2006 registriert waren. Von diesen waren 167.432 dem Erwerbsvermögen zuzurechnen sowie 12.985 Behörden, öffentlichen Unternehmen und Verbänden. 1.070.738 Kraftfahrzeuge standen im Eigentum von unselbständig Erwerbstätigen.¹⁴¹ Legt man einen Neuwert eines Pkw/Kombi mit durchschnittlich 20.000 Euro und eine Nutzungsdauer von 10 Jahren sowie einen Wertverlust gemäß AfA zugrunde, so ergibt sich der Wert der PKW/Kombi in Niederösterreich 2006 von 3,2 Mrd. Euro.

Erbschaften

Durch Erbschaften und Schenkungen werden in Österreich jährlich schätzungsweise etwa 5 Mrd. Euro zwischen den Generationen transferiert, in NÖ **schätzungsweise 1 Mrd. Euro**. Für etwa 2,5% aller Haushalte – knapp 40.000 Menschen in Niederösterreich - verändert sich dadurch die Vermögenssituation. Die durchschnittliche Erbschafts- bzw. Schenkungssumme beträgt rund 50.000 Euro. Erbschaften haben je nach vorheriger Vermögenssituation einen unterschiedlichen Einfluss auf die Vermögensausstattung der Haushalte. Für Haushalte mit geringem Vermögen stellen Erbschaften eine bedeutsame Quelle des persönlichen Vermögensaufbaus dar. Für bereits begüterte Haushalte macht die Vermögensübertragung demgegenüber einen geringeren Anteil ihres Vermögens aus.

¹⁴⁰ Zahlen aus: Statistik Austria: „Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001“, Wien 2006, sowie Immobilienpreisspiegel 2006

¹⁴¹ Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.299

Humanvermögen

„Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 klar fest.¹⁴² Bildung ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höheres Einkommen. 59% der AkademikerInnen und 40% der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 14% jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben.¹⁴³

Im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“ wurde darauf hingewiesen, dass das Bildungsniveau der erwerbstätigen NiederösterreicherInnen meist über dem österreichischen Durchschnitt liegt, der alle Menschen über 15 Jahren – auch die nichterwerbstätigen – erfasst.

Höchste abgeschlossene Schulbildung (15 Jahre und älter) 2001¹⁴⁴

	Niederösterreich	in %	Ö in %
Universität oder Fachhochschule	57.885	4,5	5,8
Berufs- und Lehrerbildende Akademie	21.887	1,7	1,7
Berufsbildende Höhere Schule, Kolleg	88.739	6,9	6,3
Allgemeinbildende Höhere Schule	56.558	4,4	5,2
Berufsbildende Mittlere Schule	164.902	12,9	11,5
Lehrlingsausbildung	449.416	35,1	33,9
Allgemeinbildende Pflichtschule	442.852	34,5	35,7

Auch die Ergebnisse der Volkszählung 2001 zeigen, dass Niederösterreich – bei allen Personen über 15 Jahren - bei höheren Bildungsabschlüssen teilweise hinter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegt, bei berufsbildenden Abschlüssen dagegen über dem Bundesdurchschnitt. Und das wirkt sich auf die Erwerbstätigenquote ebenso aus wie auch die durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen von ArbeitnehmerInnen, die in Niederösterreich etwa 4% über dem Bundesdurchschnitt liegen.¹⁴⁵

Die Verteilung der Bildungsabschlüsse variiert nach Geschlecht, Region und Nationalität. Männer erreichen noch ein höheres durchschnittliches Bildungsniveau als Frauen. Sie sind bei den akademischen Abschlüssen stärker vertreten, während Frauen häufiger keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen. Bei MigrantInnen ist der nicht berufsqualifizierende Abschluss am häufigsten vertreten. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem schlägt die soziale Herkunft nach wie vor stark über Bildung auf die berufliche Platzierung durch.

¹⁴² BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.219

¹⁴³ Statistik Austria: EU-SILC 2004, Wien 2005, S. 84

¹⁴⁴ Statistik Austria: Volkszählung 2001

¹⁴⁵ Statistisches Jahrbuch, S.232

Zusammenfassung

Die Untersuchungen zeigten:

- Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen, der Arbeitslosen, der Empfänger von Sozialhilfe ist in den letzten Jahren auch in Niederösterreich deutlich gestiegen. In Niederösterreich waren zuletzt (2005) 201.000 Menschen oder fast 13% der Bevölkerung armutsgefährdet. Das war die vierthöchste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer.
- Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut. Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat deutlich zugenommen. Vor allem neue Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganztägiger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. 13% der niederösterreichischen Erwerbstätigen hatten 2005 ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro im Monat. In Niederösterreich lebten zuletzt (2005) etwa 50.000 „working poor“, Menschen, die trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet oder arm sind.
- 2005 hatten nur mehr 60% der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen einen „Normalarbeitsplatz“, waren also ganztätig vollzeitbeschäftigt. Etwas mehr als ein Fünftel der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen (23% bzw. 160.000 Menschen) war 2005 nicht ganztätig beschäftigt.
- Das durchschnittliche Jahreseinkommen der ca. 100.000 ganztätig teilzeitbeschäftigten Frauen in Niederösterreich näherte sich 2005 bereits der Armutsgefährdungsschwelle.
- Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut. Niederösterreich hatte im Frühjahr 2007 die drittniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Aber sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe liegen in Niederösterreich unter der Armutsgrenze. 3.600 Haushalte waren aufgrund von Arbeitslosigkeit armutsgefährdet.
- Bildung verringert das Armutsrisiko. Das allgemeine Bildungsniveau der NiederösterreicherInnen ist bei höheren Bildungsabschlüssen geringfügig schlechter, bei berufsbildenden Abschlüssen besser als der österreichische Durchschnitt. Der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen liegen allerdings unter dem Durchschnitt.
- Fast 38.000 PensionistInnen in Niederösterreich sind armutsgefährdet, weil ihre Pensionen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen.

- Behinderung und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko. Die Inanspruchnahme des Bundes- und Landespflegegeld liegt in Niederösterreich zwar im Bundesdurchschnitt, dennoch werden der Großteil der Pflegeleistungen durch Angehörige erbracht, wodurch vor allem Frauen ihre Erwerbstätigkeit einschränken (müssen). Die deutliche Zunahme älterer, pflegebedürftiger Menschen wird das Problem weiter verschärfen. Schätzungsweise 107.000 Menschen werden in NÖ durch etwa 98.500 Angehörige gepflegt.
- Ein Viertel der MigrantInnen ist armutsgefährdet. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung zumeist den Frauen zugeteilt, was zu einer geringen Erwerbsbeteiligung führt. In Niederösterreich leben etwa 40.000 MigrantInnen, die armutsgefährdet sind.
- Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Nur 48% der Vorschulkinder sind in Niederösterreich in Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht. Vor allem für die Mütter bedeutet das oft eine Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit. In NÖ leben schätzungsweise mehr als 63.000 Erwachsene und Kinder in Alleinerzieherhaushalten oder Familien mit 3 und mehr Kindern in armutsgefährdeten Haushalten. Überdurchschnittliche viele niederösterreichische Kinder und Jugendliche – 62.000 (oder 18 %) - leben in armutsgefährdeten Haushalten. Das ist deutlich mehr als der Bundesdurchschnitt (15 %).
- Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung. Für fast 436.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (28 % der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle. Ohne die Sozialleistungen und Pensionen wären nicht 201.000, sondern 355.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (23 % der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm. 201.000 NiederösterreicherInnen sind dennoch armutsgefährdet, weil die Erwerbseinkommen oder die diversen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen nicht ausreichend Einkommen sichern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmengkürzungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung.
- Die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben in NÖ sind die vierthöchsten aller Bundesländer. In Niederösterreich liegen (mit Ausnahme der Ausgaben für Hotel, Cafes, Restaurants) alle Werte über dem österreichischen Durchschnitt.
- Die Wohnkosten werden in NÖ dennoch von 17% der Bevölkerung (266.000 Menschen) als starke Belastung empfunden.

- Verschuldung erhöht die Armutsgefährdung stark. Niederösterreich lag 2006 mit der Verschuldung privater Haushalte im österreichischen Mittelfeld.
- Armut ist ein Gesundheitsrisiko. Ärmere Menschen sind statistisch gesehen häufiger krank, vor allem arbeitslose und alleinerziehende Menschen.
- Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Niederösterreich.
- Einkommen werden sehr unterschiedlich hoch besteuert. Steuerlich deutlich entlastet wurden in den letzten Jahren lediglich die Unternehmen. Die Umsatz-, Verbrauchs- und Verkehrssteuern machen die Hälfte aller Steuern aus, nehmen aber auf die persönliche Leistungsfähigkeit kaum Rücksicht. Österreich und auch Niederösterreich sind dagegen Steuerparadies für Vermögende. Steuern auf Einkommen und deren Verwendung bringen 93 %, Steuern auf Vermögen nur 5 % aller Steuern auf.
- Reichtum nimmt auch in NÖ zu. Die Zahl der Menschen mit hohem Einkommen (mehr als 200 % des Medianeinkommens) hat in den letzten Jahren um rund 20.000 (auf etwa 116.000) zugenommen. Ihre Einkommen sind um fast 22 % (und damit mehr als doppelt so stark als der Durchschnitt) gestiegen. In NÖ leben schätzungsweise 12.800 Menschen mit einem Geldvermögen von mehr als 1 Mio. Dollar (ca. 740.000 Euro). Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befinden sich auch etliche (14) NiederösterreicherInnen.

Eine Bewertung der Sachvermögen in Niederösterreich (Betriebsvermögen der Wirtschaft und Landwirtschaft, Gebrauchsvermögen) zeigt, welche Milliarden-Werte in Niederösterreich vorhanden sind.

Quellenverzeichnis

AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich, Wien 1997

AMS: Bundesländerprofile 2005 und 2006 (auf www.ams.at)

AMS: Arbeitsmarktdaten

„Armut und soziale Ausgrenzung verhindern – Bericht einer ExpertInnenarbeitsgruppe“ an das Sozialministerium, Wien 1999

Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

G. Doblhammer-Reiter: Soziale Ungleichheit vor dem Tod, in: Wiener Seniorengesundheitsbericht, Wien 1996

Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, April 2002

Kommunalkredit, Statistik Austria: Gemeindefinanzbereich 2005, Wien 2005

Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2006, Wien, Jänner 2007

Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, März 2005

Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002

Öst. Gesell. für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien, August 2004

Öst. Raumordnungskonferenz: ÖROK-Prognosen 2001-2031, Wien 2004

Sozialministerium: Bericht zur sozialen Lage 2001/2002, Wien 2002

Sozialministerium: Bericht zur sozialen Lage 2003/2004, Wien, Februar 2005

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004 (EU-SILC), Wien, März 2006

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, April 2007

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistiken 2001 und 2004, Wien

Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2005, Ergebnisse des Mikrozensus, Wien 2006

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Übersicht über das Land Niederösterreich

Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2005/2006, Wien, Juni 2006

Statistik Austria: Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05, Wien

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistiken 2000 und 2002, Wien

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2001, 2002, 2004 und 2005, Wien

Statistik Austria: Mikrozensus 2006

Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge – Bestand 31.12.2006, Wien 2007

Statistik Austria: Statistisches Jahrbücher 2006 und 2007

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I – NÖ, Wien, März 2003

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – NÖ, Wien, November 2004

Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Verlagsgruppe News: trend. Das österreichische Wirtschaftsmagazin, Ausgabe 7/2004 und 7/2007

Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2005

Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 25. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung. Es folgten etliche weitere Arbeiten zur Armut in den Bundesländern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Wirtschaft, Staat, Bildung und Europa.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

AutorInnen der Studie „Armut und Reichtum in Niederösterreich“:

Dr. Andreas Höferl, Generalsekretär und wiss. Leiter der ÖGPP

Barbara Hauenschild, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Susanne Halmer, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit,
wie der Bank Austria Creditanstalt und der Wiener Städtischen Versicherung

**Bank  Austria
Creditanstalt**

**WIENER 
STÄDTISCHE**

VIENNA INSURANCE GROUP